

Zwei Jahre Annexion der Krim

Krimtatarische und ukrainische Identität verdrängt



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
Internet: www.gfbv.de
E-Mail: info@gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Sarah Reinke

Layout: Tanja Wieczorek, Hanno Schedler

Preis: 2,50 Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im März 2016

Zwei Jahre russische Annexion der Krim

Einleitung	3
Ermordungen, Folter, Entführungen	4
Verschwindenlassen	5
Verhaftungen	5
Anwendung der russischen Gesetze gegen Terror und Extremismus auf der Krim	9
Schließung von ukrainischen und krimtatarischen Organisationen	9
Durchsuchungen von Wohnungen, Häusern, Moscheen, Kirchen	10
Vorgehen gegen den Medschlis, seine Mitglieder und krimtatarische sowie ukrainische Bürgerrechtler	11
Vorstöße gegen die Versammlungsfreiheit	14
Verstöße gegen die Meinungs- und Pressefreiheit	16
„Nationalisierung“ auf der Krim	19
Die Krim-Blockade	20
Verstöße gegen die Religionsfreiheit	21

Straflosigkeit für „Selbstverteidigungskräfte“	22
Die Situation der Binnenflüchtlinge von der Krim in der Ukraine	23
Fazit	24
Anhang: Presserklärungen und Veröffentlichungen Der Gesellschaft für bedrohte Völker seit Februar 2015	25

Einleitung

Vor zwei Jahren, im Februar und März 2014, haben pro-russische Kräfte die Macht auf der Krim übernommen. In der Folge wurde die Halbinsel von Russland annektiert. Heute ist sie nach russischer Lesart ein Teil der Russischen Föderation, die Ukraine betrachtet die Halbinsel als besetztes Gebiet. Von der internationalen Politik wird die Annexion als völkerrechtswidrig verurteilt und war ein Grund für die Sanktionen der EU und der Vereinigten Staaten gegen die Russische Föderation. Der Bevölkerung wurden russische Pässe ausgestellt, es sei denn, die Bürger hatten sich bewusst dagegen entschieden. Die Halbinsel ist weitgehend isoliert, weil der offizielle Zugang nur noch über Russland möglich ist. Während des ersten Jahres nach der Annexion begingen die neuen pro-russischen Behörden, so genannte Selbstverteidigungskräfte, russische Soldaten und Geheimdienstmitarbeiter schwere Menschenrechtsverletzungen. Die internationale Aufmerksamkeit richtete sich trotzdem notgedrungen auf das Kriegsgebiet im Osten der Ukraine. Doch auch im zweiten Jahr der Annexion beobachteten Menschenrechtsverteidiger weiter zahlreiche Verhaftungen, Fälle von Verschwindenlassen, Hausdurchsuchungen und Verstöße gegen die Rechte der Krimtataren. Ukrainer, kritische Journalisten und alle, die einer anderen Glaubensrichtung als jener der russisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats folgen, sind mit vielfältigen Problemen konfrontiert. Es geht den Machthabern darum, die Krim russisch zu machen. Alles, was an die Ukraine erinnert, die Flagge, die Literatur, Namen, aber auch alles, was als Krimtatarisch angesehen wird – Symbole, Flur- und Ortsnamen aber auch die Repräsentanten der indigenen Minderheit, werden verdrängt, verfolgt, missachtet und systematisch diskriminiert.

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte hat einen Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine für den Zeitraum vom 16. August bis zum 15. November 2015 veröffentlicht.¹ Darin problematisiert er die Menschenrechtsverbrechen auf der Krim. Spezielle Aufmerksamkeit wird der Meinungs- und Pressefreiheit sowie Ausbildung gewidmet. Am 04. Februar 2016 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution² zur Lage der Krimtataren, in der es die systematische Diskriminierung und Unterdrückung der Krimtataren verurteilt. Gleichfalls kritisiert werden die Einreiseverbote auf die Krim für Mustafa Dschemilew,³ Refat Tschubarow⁴ und andere

¹ <http://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/10thOHCHRreportUkraine.pdf>.

² <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2016-0043+0+DOC+XML+V0//EN>.

³ Mustafa Dschemilew ist der 72-jährige bekannteste Menschenrechtsverteidiger, Politiker und ehemalige Sowjetdissident der Krimtataren. Heute ist der vielfach für sein gewaltloses Engagement international ausgezeichnete Dschemilew Abgeordneter des ukrainischen Parlamentes und Beauftragter des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko für die Belange der Krimtataren. Weiteres z. B: hier: <http://www.dw.com/de/mustafa-dschemilews-kampf-um-die-krim/a-17677096>.

⁴ Refat Tschubarow ist der aktuelle Präsident des krimtatarischen Medschlis.

krimtatarische Politiker und Menschenrechtler, Verstöße gegen die Versammlungsfreiheit an Gedenktagen sowie bei kulturellen Veranstaltungen. Bei der Zusammenschau der Nachrichten von der Krim fällt auf, dass krimtatarische Organisationen sowie kulturelle und politische Vereinigungen zunehmend als „terroristisch und extremistisch“ bezeichnet werden. Die Krimtataren werden dadurch kollektiv kriminalisiert und bekommen ein immer schlechteres Image. Das nimmt die pro-russische Regierung und Verwaltung als Vorwand für immer neue Strafaktionen, Verfolgung und Schikane.

Quellen des vorliegenden Berichtes sind Informationen der „Feldmission Menschenrechte Krim“,⁵ einer Gruppe, der ukrainische, russische und Menschenrechtler von der Krim angehören, der Organisation „Krym SOS“,⁶ der „Kharkiv Human Rights Protection Group“⁷ sowie von krimtatarischen Medien, zum Beispiel der Nachrichtenagentur Crimean News Agency,⁸ persönlichen Kontakten und Journalisten auf der Krim. Zudem wurden alle Nachrichten ausgewertet, die auf dem kontinuierlich geführten Blog der Gesellschaft für bedrohte Völker zur Lage auf der Krim veröffentlicht wurden⁹.

Die russische Regierung ist direkt verantwortlich für die Menschenrechtsverletzungen auf der Krim. Daher ist es wichtig, dass die Situation auf der Krim und besonders die Verfolgung und Unterdrückung der Krimtataren auf den Tagesordnungen der internationalen Politik und Medien bleibt.

Ermordungen, Folter, Entführung

Am 26. Juni 2015 wurde der 60-jährige Krimtatare Kachok Muxiddin ermordet. Er wurde zusammengeschlagen und erlag danach seinen schweren Verletzungen. Zeugen berichten, der Angriff gegen ihn habe einen ethnischen Hintergrund gehabt. Im August 2015 wurden zwei weitere Krimtataren ermordet – Memet Selimov und Osman Ibragimov. Leider liegen seither keine weiteren Details zu den Hintergründen und den gerichtlichen Untersuchungen vor. Der Koordinator der Kontaktgruppe für Menschenrechte auf der Krim, eines Zusammenschlusses von Menschenrechtsbeobachtern auf der Krim, Abdureshit Djepparov berichtete am **16. Dezember 2015**, dass der FSB, der russische Inlandsgeheimdienst, gegen den Krimtataren **Irvin Krosh** Folter angewandt habe. Djepparov zufolge wollten die FSB-Beamten erreichen, dass Krosh mit ihnen zusammenarbeitet. Dieser lehnte jedoch ab.

⁵ <http://crimeahr.org/>.

⁶ <http://krymsos.com/>.

⁷ <http://khpg.org.ua/en/index.php>.

⁸ <http://crimeahrg.org>.

⁸ <http://krymsos.com>.

⁹ <https://gfbvberlin.wordpress.com/ukraine-russland-chronik/maerz-2016/>.

Verschwindenlassen

Der 45-jährige **Mukhtar Arislanov** ist **seit dem 27. August 2015** verschwunden. Er ist Sportlehrer und Judotrainer in Simferopol und kam nach Aussagen seiner Frau nach dem Einkauf nicht mehr nach Hause. Nach den Angaben seiner Schwester Nurfie Karakashi wurde er entführt. Augenzeugen sahen einige Männer in Polizeiuniformen, die Mukhtar Arislanov in einen Kleinbus der Marke Mercedes setzten. Danach stiegen ebenfalls einige der Polizisten in den Mercedesbus und fuhren dann in Richtung Simferopol. Der Telefonkontakt zu Arislanov brach ab. Als die Familie zur Polizei ging, um den Vorfall zu melden, sagten die Beamten, dass sie nichts mit dem Verschwinden Arislanovs zu tun hätten. Die Feldmission Menschenrechte Krim berichtet, dass die Ehefrau unter Druck gesetzt wird den Bericht über die Entführung zurück zu ziehen.

Ruslan Ganiev und Arlen (Nachname unbekannt) sind am Morgen des **15. Dezember 2015** in Kertsch verschwunden. Beide sind gläubige Muslime. Ruslan verließ am Morgen das Haus. Er hatte seiner Frau gesagt, er wolle zu seinen Eltern gehen. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Als die Angehörigen bei Freunden und Bekannten nach ihm suchten, fanden sie heraus, dass auch sein Freund Arlen verschwunden war. Das letzte Mal hatte man ihn am Abend des 14. Dezember in Kertsch gesehen. Die Verwandten haben die Polizei eingeschaltet.

Verhaftungen

In mehreren Fällen stehen drei oder mehr Personen vor Gericht. Typisch ist, dass die Verhandlungen immer wieder vertagt wurden. Die Menschen sitzen also in Haft, ohne dass Urteile gesprochen worden wären. Weder Medien noch internationale Beobachter wurden zu den Gerichtsterminen zugelassen. In allen drei der im Folgenden beschriebenen Fälle geht es um Verfahren gegen Krimtataren.

Während der Demonstration am 26. Februar 2014, am Vorabend der Machtübernahme der Krim durch russische und pro-russische Einheiten, kam es zu Auseinandersetzungen, Verletzten und zwei Todesfällen, die bis heute nicht aufgeklärt sind. Nach der Annexion der Krim durch Russland wurden über 150 Zeugen zu dieser Demonstration befragt und zahlreiche Personen festgenommen, **darunter Achtem Chijgoz, Ali Asanov und Mustafa Degermedzhi**. Sie werden wegen der Organisation bzw. der Teilnahme an dieser Demonstration angeklagt.

In Folge der Demonstrationen am 26. Februar 2014, bei denen tausende Krimtataren für die territoriale Integrität der Ukraine auf die Straße gingen, wurden viele Teilnehmer verhaftet. Zum Beispiel holten russische Beamte am 6. März 2015 **Asan Charukhov** von

seiner Arbeit weg zu einer Befragung über die Ereignisse am 26. Februar. Die Ermittlungen gegen ihn dauern an.

Am **3. Mai 2014** versuchte Mustafa Dschemilew von der Ukraine aus auf die Krim einzureisen. Zuvor war ihm ein Einreiseverbot angekündigt worden. Als er versuchte, den Grenzübergang bei Armyansk zu überschreiten, wurde er tatsächlich von Grenzern aufgehalten. Ihm wurde ein Dokument mit seinem fünfjährigen Einreiseverbot übergeben. Gleichzeitig hatten sich bis zu fünftausende Krimtataren auf den Weg gemacht, um Dschemilew zu begrüßen und auf die Krim zu begleiten. Sie wurden von Sicherheitsbeamten und Angehörigen der russischen Spezialeinheit OMON abgewehrt. In der Folge wurden etliche Hausdurchsuchungen durchgeführt, Teilnehmer an dieser Aktion von Polizei und Geheimdienst befragt. Über 100 Personen mussten Geldstrafen bezahlen. Vier Personen wurden zu Haftstrafen verurteilt. Am **28. Mai 2015** wurde ein weiterer Krimtatare – **Musa Abkerimow** - in Folge der Ereignisse des „3. Mai 2014“ verurteilt. Er soll einen Mitarbeiter der Spezialeinheit Berkut angegriffen haben. Das Gericht sah seine Schuld als erwiesen an und verurteilte ihn zu vier Jahren und vier Monaten Haft auf Bewährung. Er war schon am 16. Oktober 2014 auf der Krim verhaftet worden.

Oleksandr Kostenko, ein ukrainischer Staatsbürger, soll am 18. Februar 2014 in Kiew einen Offizier der Spezialeinheit Berkut leicht verletzt haben. Er wurde am 5. Februar 2015 von Mitarbeitern des russischen Geheimdienstes FSB in Simferopol verschleppt und am 6. Februar offiziell verhaftet. Während dieser 24 Stunden wurde er gefoltert. Das Gericht trug der Tatsache nicht Rechnung, dass Kostenko unter Folter ausgesagt hatte, sondern verurteilte ihn am 15. Mai 2015 zu drei Jahren und elf Monaten Haft.¹⁰ Als Folge einer Demonstration in Gedenken an den ukrainischen Nationaldichter Taras Schewchenko, die von offizieller Seite verboten worden war, wurden am **10. März 2015** drei Personen verhaftet. Bei der Demonstration wurden ukrainische und krimtatarische Flaggen geschwenkt, teilweise mit dem Schriftzug „Die Krim ist Teil der Ukraine“. Nach der Demonstration nahmen Beamte den Organisator und zwei Teilnehmer mit auf das Polizeirevier, um sie zu befragen.

Am **11. März 2015** gegen sieben Uhr am Morgen, wurde **Taljat Junusov** geb. 1984, im Dorf Jastrebovka festgenommen. Sein Vater berichtete, dass maskierte Bewaffnete in die Wohnung eindrangen und Taljat mitnahmen, weil es angeblich Videoaufzeichnungen von ihm auf der Demonstration am 26. Februar 2014 in Simferopol gab. „Sie haben ihn nach Simferopol gebracht. Ich habe keinen Kontakt zu ihm“, sagt der Vater.

¹⁰ <http://khpg.org/index.php?id=1431687047>.

Am 10. April 2015 wurde **Tatyana Guchakova**, ehemalige Chefredakteurin der Nachrichtenagentur „Black Sea News“ nach einer zehnstündigen Hausdurchsuchung von Geheimdienstmitarbeitern zur Befragung mitgenommen und ihre Computer beschlagnahmt. Nach den Hausdurchsuchungen und Befragungen der Journalistinnen Anna Shaidurova, Natalya Kokorina und Anna Andrievska reiht sich diese Meldung ein in eine Serie von Schikanen, denen Journalisten, die über die Situation auf der Krim berichten, ausgesetzt sind.

Am 20. April 2015 früh gegen 8:30 Uhr wurde **Emir-Usein Kuku** auf dem Weg zur Arbeit festgenommen. Emir-Usein Kuku ist Mitglied der „Kontaktgruppe Menschenrechte“ in der Region Jalta. Die „Kontaktgruppe“ gründete sich im September 2014, nachdem mehrere Krimtataren verschwunden waren.

Eskender Nebijew, Kameramann des zum 1. April 2015 abgeschalteten krimtatarischen Fernsehsenders ATR, wurde **am 20. April 2015** nach der Durchsuchung seiner Wohnung festgenommen. Diese Verhaftung erfolgte eine gute Woche nach der Befragung eines weiteren ehemaligen Mitarbeiters von ATR, Amet Umerow, der vom „Zentrum der Bekämpfung des Extremismus“, einer Abteilung des Innenministeriums, verhört worden war.

Am 18. Mai 2015 wurden **ca. 60 Teilnehmer einer Autorallye** in Simferopol verhaftet. Die Rallye war dem Gedenken an die Deportation der Krimtataren 1944 gewidmet. Kurz nachdem die Autokolonne mit krimtatarischen Flaggen Simferopol erreicht hatte, wurden sie von Polizeiwagen der Spezialeinheit OMON gestoppt. Viele Teilnehmer der Rallye wurden festgenommen. Gleiches geschah auch in der Region Bachtschissaraj. Auch hier hatten die Aktivisten die Autos ihrer Kolonne mit krimtatarischen Fahnen geschmückt. Sie wurden am frühen Abend von der örtlichen Polizei festgenommen und über vier Stunden verhört, denn man wollte die Organisatoren der Autorallye finden. Nach den mehrstündigen Verhören wurden alle wieder auf freien Fuß gesetzt. Drei Mitarbeiter des Fernsehkanals „Inter“ waren **am 21. Mai 2015** mit vier proukrainischen Aktivisten zwischen Simferopol und Armjansk (Krim) unterwegs, als sie von der Polizei gestoppt und anschließend verhört wurden. Da alle Dokumente in Ordnung waren, muss davon ausgegangen werden, dass es sich um repressive Einschüchterungsversuche seitens der Polizei handelte. Nach ihrer Freilassung einige Stunden später wurde den Journalisten und Aktivisten mitgeteilt, dass man sie festgehalten habe, um ihre Identität festzustellen.

Am Morgen des 4. Juni 2015 ist der 36-jährige Krimtatare **Riza Izetov** aus dem Dorf Straganovka bei Simferopol von bewaffneten und maskierten Männern verschleppt worden. Noch ist unbekannt, wer dahintersteckt. Die Männer wiesen sich nicht aus,

behaupteten aber, auf Anweisung eines Gerichts zu handeln. Später wurde Izetov wieder freigelassen. Angeblich soll er als Zeuge in einem Fall aussagen. Jedoch herrscht Unklarheit darüber, um welchen Fall es sich handelt.

Am 13. Oktober 2015 wurde Eskender Nebijew, ein Kameramann des unabhängigen krimtatarischen TV-Kanals ATR, in Gewahrsam genommen, weil er mit einer Demonstration gegen die russische Annexion auf der Krim am 26. Februar 2014 in Verbindung gebracht wird.

Am 18. Januar 2016 wurde der bekannte krimtatarische Journalist und Blogger **Zair Akdyrow**, festgenommen, als er in der Warteschlange stand, um an der Gerichtsverhandlung gegen Achtem Chijgoz und andere Krimtataren teilzunehmen. Emil Kurbedinov, einer der Anwälte, die zu dem Termin gekommen waren, berichtet, dass Akdyrow seine Papiere vorzeigte, die Mitarbeiter des „Zentrums für den Kampf gegen den Extremismus“ ihn jedoch in ihren Wagen zu zerren versuchten. Akdyrow wehrte sich, doch bald darauf wurde er von zehn Polizisten zur nächsten Polizeiwache eskortiert. Dort wurde er zu seiner Tätigkeit befragt, ließ sich jedoch nicht einschüchtern.

Am Abend des **23. Januar 2016** wurde **Muedin Alvapuv**, in Alupka festgenommen. Um sieben Uhr drangen bewaffnete Polizisten ins Haus seiner Familie ein und nahmen den jungen Mann fest. Dann durchsuchten sie das Haus, nahmen seine Computertechnik, seinen Koran und eines der Fahrzeuge der Familie mit. Nach den Worten des ersten stellvertretenden Vorsitzenden des krimtatarischen Medschlis, Nariman Dscheljal, hatten Familienangehörige immer wieder an zivilgesellschaftlichen Protesten und Aktionen teilgenommen. Sollte der zweite Sohn der Familie, der gegenwärtig auf der Festlandukraine ist, zurückkommen, könnte auch er verhaftete werden, warnt Dscheljal. In dem Fall der in Russland verbotenen Organisation „Hizb ut-Tahrir“ wurde eine Gruppe Krimtataren wegen terroristischer Tätigkeit angeklagt. Am **12. Februar 2016** wurden elf Häuser von Krimtataren durchsucht, 12 Krimtataren wurden verhaftet. Einige von ihnen waren gläubige Muslime. Sie werden wegen der Zugehörigkeit zu „Hizb-ut-Tahrir“ angeklagt.

Anwendung der russischen Gesetze gegen Terror und Extremismus auf der Krim¹¹

Moscheen, Wohnhäuser, Wohnungen oder muslimische Schulen wurden im Berichtszeitraum systematisch nach so genannter extremistischer Literatur durchsucht. Vielfach war dies auch ein Vorwand für die Durchsuchung überhaupt. Dabei wurde islamische Literatur konfisziert, aber auch Bücher über den Holodomor (die Hungersnot) in der Ukraine und die kollektive Deportation der Krimtataren unter Stalin. Mehr als 100 Hausdurchsuchungen haben aus diesem Grund auf der Krim staatgefunden. Die Durchsuchungen sind oftmals willkürlich und erfolgen ohne Durchsuchungsbefehl. Es gibt eine Liste der „verbotenen Literatur“, doch die Beamten konfiszieren willkürlich auch andere Bücher. Sie nehmen außerdem Gegenstände mit, die sie mit der Ukraine in Verbindung bringen. Dadurch entsteht eine Atmosphäre der Angst und die Bevölkerung weiß nicht, was genau verboten ist und was nicht.

Die Nachrichtenwebseiten „Yentz jurnaliskich rasledovaniy“, „Sobitia Krima“, „Zensor.net“, „Ukrainskaza pravda“ und „BlackSeaNews“ wurden auf der Krim blockiert und verboten, da sie angeblich „extremistische Informationen“ verbreiten. Wegen „extremistischer Publikationen“ wurden neun Blogger verhaftet. Auffallend ist, dass die Behörden „terroristische“ und „extremistische“ Tätigkeiten vermischen. So kann eine Publikation im sozialen Netzwerk als genauso gefährlich bewertet und genauso bestraft werden wie ein tatsächliches terroristisches Gewaltverbrechen. Die Behauptungen, dass die Krim Teil der Ukraine ist, kann von den Behörden als Anruf zum Separatismus betrachtet und als Grund für die Einleitung eines Strafverfahrens genommen werden.

Schließung von ukrainischen und krimtatarischen Organisationen

Am 6. Januar 2015 musste die bekannte Theaterschule „Svitanok“ (Sonnenaufgang) in Simferopol, die mit Kindern Stücke in ukrainischer Sprache aufführte, nach einer Hetzkampagne schließen. Seit mehr als 20 Jahren war die Theaterschule eine feste Institution in der kulturellen Landschaft der Krim. Die Behörden beschuldigten das Theater, in seiner letzten Produktion ukrainischen Nationalismus und westliche Symbole propagiert zu haben. Alle Texte wurden beschlagnahmt. In dem Stück trägt ein Mädchen eine goldene Krone. Die Behörden unterstellten daher, sie solle die amerikanische

¹¹ Die renommierte Menschenrechtsorganisation Sova Center hat sich mit der Auswirkung dieser russischen Gesetzgebung auf die Situation auf der Krim beschäftigt. Die Angaben beziehen sich vornehmlich auf die hier genannte Analyse: <http://www.sova-center.ru/misuse/publications/2016/03/d33986/?print=1>.

Freiheitsstatue darstellen. Die Schulleitung verneinte dies zwar, aber dies war ebenfalls ein Grund für die Schließung der Schule.

Durchsuchungen von Wohnungen, Häusern, Moscheen, Kirchen

Die Meldungen über willkürliche Durchsuchungen von Autos, Häusern, Wohnungen, Beschlagnahmen von Computern und Handys sind während des zweiten Jahres der Annexion so zahlreich, dass keine Statistik erstellt werden konnte. Ohne Angabe von Gründen verschafften sich Militärs bzw. Mitarbeiter des Geheimdienstes FSB Eintritt in die Häuser „verdächtiger“ Personen und durchsuchten deren persönliche Gegenstände. Meistens wiesen sie sich nicht aus und legten auch keinen Durchsuchungsbescheid vor.

Am 11. April 2015 suchten Mitarbeiter des „Zentrums für den Kampf gegen den Extremismus“ Ahmet Umerov auf, befragten ihn und durchsuchten seine Wohnung. Es wird vermutet, dass die Durchsuchung mit Mitteilungen, die er auf seinem „VKontakte“-Konto (ähnlich wie Facebook) postete, zusammenhängt.

Am 11. Juni 2015 durchsuchten nach Angaben des Anwalts der Organisation „Menschenrechtsbewegung Krim“ Emil Kurbedinov, Mitarbeiter der Polizei das Haus des Krimtataren Lenur S.

Am 14. September 2015 hat der FSB drei Privatwohnungen durchsucht, um die Freunde und Nachbarn des inhaftierten Krimtataren Ali Asanov einzuschüchtern. Eskender Bariev, Koordinator des Menschenrechtsrates der Krimtataren, berichtet, dass FSB-Offiziere gegen 09:00 Uhr in den Häusern von zwei krimtatarischen Familien erschienen sind, die mit den Asanovs und deren Nachbarn im Dorf Urozhainoye befreundet sind.

Am 2. Oktober 2015 haben russische Behörden begonnen, Häuser der krimtatarischen Mitarbeiterinnen des TV-Kanals ATR, Elzara Islyamova und Lilija Budschurowa sowie von Verwandten von Lenur Islyamov, dem Besitzer des Senders, zu durchsuchen. Rund 20 bewaffnete Beamte des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB seien am frühen Morgen gekommen und hätten „alle Dokumente, die Computer und die Telefone“ aus ihrer Wohnung mitgenommen, sagte die Vizechefin des Senders ATR, Lilija Budschurowa, die auch für die Nachrichtenagentur AFP arbeitet. Ihrem Anwalt sei verwehrt worden, bei der Durchsuchung dabei zu sein.

Am 30. November 2015 durchsuchten FSB Beamte zwei Häuser von krimtatarischen Politikern, die zum regionalen Medschlis der Krimtataren in den Bezirken Kirovskij und Sovetskij auf der Krim gehören.

Am 3. Dezember 2015 durchsuchte der russische Geheimdienst FSB das Haus von Ilver Ametov, dem Leiter des regionalen Medschlis in Sudak.

Am 28. Dezember 2015 durchsuchten etwa 25 Kosaken neun Häuser von Krimtataren im Dorf Dolinka und in seiner Umgebung. Sie wurden von Beamten des russischen Geheimdienstes FSB begleitet. Auslöser soll gewesen sein, dass an Bushaltestellen Symbole des ukrainischen Staates auftauchten bzw. Verkehrsschilder blau gelb (Farben der ukrainischen Flagge) bemalt worden waren.

15 Häuser und Wohnungen von Krimtataren wurden alleine im Dezember 2015 auf der Krim durchsucht. 14 Gerichtsverfahren gegen Krimtataren sind anhängig. Am 28. Dezember fand die Verhandlung gegen Talat Junusov statt, der am 26. Februar 2014 an der Demonstration am Vortrag der Annexion der Krim teilgenommen hatte. Junusov wurde zu 42 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Nach Angaben der auf der Krim tätigen Anwälte werden bis März 2016 noch 20 Gerichtsverhandlungen gegen Krimtataren stattfinden, 80 Zeugen und 90 Opfer sollen angehört werden. In der Nacht auf den **10. Januar 2016** wurde die Moschee in Ay-Serez in der Region Sudak auf der Krim angegriffen. Eine Mauer der Moschee, die gerade renoviert wird, wurde beschmiert.

Am 11. Februar 2016 wurden erneut Häuser von Krimtataren durchsucht, das teilt der Anwalt Emil Kurbedinov mit. In Jalta wurden die Häuser der Familien Bachtijar Topuz und Damir Minadirov durchsucht, in Bachtschisaraj das Haus der Familie Rustem Osmanov. Auch in Alushta sollen Häuser durchsucht worden sein. Weiter wurde das Mitglied der Kontaktgruppe Menschenrechte Emir Usejn Kuku verhaftet. Ob die Hausdurchsuchungen, die vom Geheimdienst FSB durchgeführt wurden, mit der Verhaftung in Zusammenhang stehen, ist unklar.

Vorgehen gegen den Medschlis, seine Mitglieder und krimtatarische sowie ukrainische Bürgerrechtler

Zwei Jahre nach der Annexion der Krim scheinen die pro-russischen Behörden entschlossen zu sein, den Medschlis der Krimtataren zu verbieten. Der Medschlis ist praktisch die Regierung¹² der Krimtataren. Seine Mitglieder werden vom „Kurultaj“ der Volksversammlung der Krimtataren gewählt. Der Medschlis wurde 1991 gegründet und ist seitdem das Sprachrohr der Minderheit. Der erste Präsident des Medschlis war Mustafa Dschemilew, gefolgt von dem aktuellen Präsidenten Refat Tschubarow. Der Medschlis hat 2300 Repräsentanten auf allen Ebenen – Präsident, Vizepräsidenten, Mitglieder und Vertreter in allen krimtatarischen Städten und Dörfern. Die Schikanen

¹² <http://qtm.org/en>.

gegen den Medschlis begannen schon mit der Annexion. Im März 2014 hatte der Medschlis zum Boykott des Referendums aufgerufen, das Russland abhalten ließ, um der Annexion einen pseudo-demokratischen Anstrich zu geben. Wenig später erging ein Einreiseverbot auf die Krim gegen Mustafa Dschemilew, dann gegen Refat Tschubarow, den aktuellen Medschlis-Präsidenten. Seit dem 29. Januar 2015 ist Achtem Chijgoz, Vizepräsident des Medschlis, in Haft. Seit Herbst 2014 werden der Medschlis und seine Vertreter von Politikern und pro-russischen Medien als „radikal“, „extremistisch“, „terroristisch“ bezeichnet. Im Oktober 2015 verbreiteten pro-russische Politiker das Gerücht, der Medschlis würde Kämpfer des „Islamischen Staates“ rekrutieren. In einem weiteren Schritt beantragte die Staatsanwältin für das Gebiet der Krim die Schließung des Medschlis beim Obersten Gericht. Auf über 600 Seiten und auf zehn CDs beschuldigt sie den Medschlis und seine Mitglieder des „Extremismus“. Zum Beispiel werden die Gründungsdokumente von 1991 als „extremistisch“ bezeichnet, weil darin das Ziel formuliert wird, die nationalen und politischen Rechte der Krimtataren wiederherzustellen, d.h. ihr Recht auf Selbstbestimmung auf ihrem Land als Teil der Ukraine. Diese Organisation ist die einzige demokratisch legitimierte Selbstorganisation des Volkes der Krimtataren. Wirf sie verboten, dann werden nicht nur ihre 2.300 Mitglieder kriminalisiert, sondern alle Krimtataren. Im Weiteren die **Chronik der Maßnahmen gegen den Medschlis:**

Nariman Dscheljal, erster stellvertretender Leiter des Medschlis, wurde **am 15. Mai 2015** davor gewarnt, zu „ungesetzlichen und extremistischen Aktionen“ aufzurufen. Gemeint war damit der Gedenktag zu den Deportationen der Krimtataren am 18. Mai. Der Gedenktag wurde allerdings schon im ersten Jahr der Annexion untersagt.

Ein weiteres Mitglied des Medschlis, **Dilaver Akiew**, wurde ebenfalls vor Aufrufen zu „extremistischen Aktivitäten“ gewarnt.

Gegen den Präsidenten des krimtatarischen Medschlis **Refat Tschubarow** ist **am 29. Mai 2015** ein Strafverfahren eröffnet worden. Tschubarow wird vorgeworfen, zu „Verletzung der territorialen Ganzheit des russischen Staates“ aufgerufen zu haben. Dieser Vorwurf ist in seiner Haltung begründet, die Krim gehöre zur Ukraine und nicht zu Russland. Ihm drohen bis zu fünf Jahre Haft.

Am 11. Juni 2015 hat ein russisches Gericht **Chajser Dschemiliev**, Sohn von Mustafa Dschemiliev, zu fünf Jahren Haft verurteilt. Sein Anwalt, Nikolaj Polozov, will in Berufung gehen, jedoch ist kaum mit Erfolg kaum zu rechnen. Chajser Dschemiliev war schon im Juni 2013 von einem ukrainischen Gericht auf der Krim wegen fahrlässiger Tötung sowie des Diebstahls und Besitzes einer Waffe zu drei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt worden. Nach der russischen Annexion der Krim war Chajser Dschemiliev in ein

russisches Gefängnis in Krasnodar verlegt und erneut für sein Vergehen angeklagt worden.

Wie **am 17. Juni 2015** bekannt wurde, muss der Krimtatare Ali Achmedovitsch Asanov weitere zwei Monate in Untersuchungshaft verbringen. Asanov war **am 16. April 2015** festgenommen worden. Er wird beschuldigt, am 26. Februar 2014 bei „Massenunruhen“ beteiligt gewesen zu sein. Da die Fluchtgefahr bestünde, müsse er in Untersuchungshaft genommen werden, so die Staatsanwaltschaft der Krim.

Am 2. Juli 2015 wurde der 37-jährige Yuri Ilchenko festgenommen. Ihm wird wegen eines Artikels, in dem die Annexion der Krim durch Russland kritisiert wird, „Extremismus“ vorgeworfen. Viele Einzelheiten seines Falles sind bislang noch unklar. Am 2. Juli 2015 hatten Mitglieder des FSB das Haus von Ilchenko, der eine einer Sprachschule besitzt, durchsucht. Es wurde jedoch kein Material gefunden, das gegen ihn verwendet werden konnte.

Am 6. Oktober 2015 entschied ein Gericht in Simferopol, dass der Präsident des krimtatarischen Medschlis, **Refat Tschubarow**, nach einer Auslieferung an Russland für zwei Monate inhaftiert werden sollte. Dieses Urteil veröffentlichte Tschubarow auf seiner Facebook Seite. Der Vorwurf: Er gefährde die territoriale Integrität der Russischen Föderation. Dies tut er dadurch, dass er nicht müde wird zu betonen, dass die Krim Teil der Ukraine ist und mit legalen, friedlichen Mitteln versucht, die Annexion der Krim durch Russland rückgängig zu machen. Tschubarow kommentiert: „Auf diese Weise qualifiziert die Russische Föderation, die die Krim besetzt hat, meine Aktivitäten als ukrainischer Staatsbürger, der diese Besetzung mit allen legalen Mitteln beenden möchte, als kriminell.“ Weiter gibt er bekannt, dass er die Unterlagen des Simferopoler Gerichts an den Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg schickt, wo er wegen seines Einreiseverbots auf die Krim eine Klage gegen Russland erhoben hat.

Am 26. Oktober 2015 hat Russlands Gesellschaftskammer¹³ öffentlich den Generalstaatsanwalt aufgefordert, den Medschlis wegen des Verdachts auf „Extremismus“ zu untersuchen. Maxim Grigorjew, ein Mitglied der Kammer, hat einen entsprechenden Brief an den russischen Generalstaatsanwalt Juri Tschaika formuliert. Grigorjew ist zudem stellvertretender Vorsitzender der „Kommission zur Harmonisierung der interethnischen und interreligiösen Beziehungen“ innerhalb der Gesellschaftskammer. Grigorjew behauptet, dass „wir während der Sitzungen mit den Bewohnern der Krim mehrmals Beschwerden über die extremistischen Aktivitäten des Medschlis geäußert wurden. Der Medschlis hat zusammen mit der Bewaffneten des

¹³ Gremium, das 2005 gegründet wurde, 126 Mitglieder hat und offiziell die Tätigkeit des Parlamentes und der Regierung beobachten soll. Das Gremium hat beratenden Status. <https://www.oprf.ru/en/>.

„Rechten Sektors“, der in Russland verboten ist, Anschläge auf den Güterverkehr zur Krim organisiert“.

Grigorjew weist weiter auf eine Sprengung von Strommasten hin. Diese bringt er in direkten Zusammenhang mit dem Aufruf von Mustafa Dschemilew, die Stromversorgung der Krim von der Ukraine aus zu stoppen. Der Staatsanwalt wird gebeten, „die Existenz extremistischer Komponenten in den Aktivitäten der Medschlis-Organisation“ zu prüfen. Ein Gericht in Simferopol veröffentlichte am **20. Januar 2016** einen „Haftbefehl“ gegen den Abgeordneten des ukrainischen Parlamentes und Beauftragten des ukrainischen Präsidenten für die Angelegenheiten der Krimtataren, **Mustafa Dschemilew**. Ihm wurde vorgeworfen, er würde sich der Ermittlung entziehen und vor dem Gericht verstecken, obwohl er seit fast zwei Jahren nicht mehr nach Russland und auf die Krim einreisen darf. Das Gericht setzte seinen Namen auf die nationale russische Fahndungsliste. Verhaftet werden soll Dschemilew für das illegale Überschreiten der Grenze und für illegalen Waffen- und Munitionsbesitz.

Verstöße gegen die Versammlungsfreiheit

Die Gedenkveranstaltung zur Deportation der Krimtataren am 18. Mai 2015 wurde verboten. Die Generalstaatsanwältin der Krim, Natalja Poklonskaja hat „ukrainische Nationalisten und Radikale“ offen gewarnt. Die Gefängnisse, so Poklonskaja, hätten genügend Platz für alle, die vom ukrainischen Festland auf die Krim kämen, um für Unruhe zu sorgen. Schon im letzten Jahr war die Gedenkveranstaltung nicht erlaubt worden, nachdem sie in den Jahren vor der Annexion regelmäßig stattgefunden hatte. Am 22. Mai 2015 wurden Aktivisten nach einem „Flashmob“ zum „Vyshyvanka-Tag“ verhaftet. **Am Vyshyvanka-Tag tragen Menschen in der Ukraine traditionelle Kleidung, singen Volkslieder und tanzen gemeinsam.** Auf der Krim wurden vier Aktivisten festgenommen und verhört, die sich gegenseitig in diesen traditionellen ukrainischen Hemden fotografiert hatten, um sie in sozialen Netzwerken zu posten. Dabei wurden sie von drei ukrainischen TV-Journalisten gefilmt. Nach einem fünfstündigen Verhör durch die Polizei wurden die Aktivisten und Journalisten freigelassen. Als Begründung für die Verhöre und die Abnahme von Fingerabdrücken gaben die Polizisten an, die Identität der Festgehaltenen prüfen zu müssen.

Die Organisatoren mehrerer Veranstaltungen zum Tag der krimtatarischen Flagge am 26. Juni 2015 haben keine Genehmigung erhalten. Geplant waren beispielsweise eine Autorallye, eine Ausstellung und ein Konzert. Das Verbot wurde offiziell damit begründet, dass schon anderen Organisationen entsprechende Genehmigungen erhalten hätten. Dabei handelte es sich um pro-russische Krimtataren.

Den Organisatoren der nicht genehmigten Veranstaltungen wurde angeboten, bei den

schon genehmigten Aktivitäten teilzunehmen, was jedoch abgelehnt wurde. Nariman Dzhelal, Vizepräsident der politischen Vertretung der Krimtataren Medschlis, kritisierte, dass mithilfe dieser Taktik versucht würde, Veranstaltungen von Russland-kritischen Krimtataren zu verhindern.

Der **Imam Junus Nemetullaev** aus dem Dorf Dolinka auf der Krim ist am 18. Juni 2015 zu einer Strafe von 10.000 Rubeln verurteilt worden. Ihm wird vorgeworfen, an einer nicht genehmigten Kundgebung zum Gedenken an die Deportation der Krimtataren unter Stalin teilgenommen zu haben. Auch das Mitglied des Medschlis Sanie Ametova muss 10.000 Rubeln Strafe bezahlen, weil sie die nicht genehmigte Kundgebung organisiert haben soll.

Im Juli 2015 wurde bekannt, dass die lokalen Behörden von Bachtischisaraj einer muslimischen Gemeinschaft eine kulturelle Veranstaltung anlässlich des Eid al-Fitr verboten haben. Die Veranstaltung war wie in jedem Jahr in der Nähe der Moschee im Khan Chayyr Viertel geplant. Die Behörden erklärten ihre Ablehnung damit, dass es bei dieser Veranstaltung zur Ansammlung von zu vielen Menschen kommen würde.

Am 18. August 2015 wurde eine weitere Veranstaltung verboten. Aktivisten des Ukrainischen Kulturzentrums wollten in Simferopol den Ukrainischen Unabhängigkeitstag feiern. Leonid Kuzmin, ein Aktivist des Zentrums und einer der Organisatoren, erklärte, dass geplant war, Blumen am Denkmal des ukrainischen Schriftstellers Taras Schewtschenko in Simferopol niederzulegen. Die Stadtverwaltung Simferopols warnte die Organisatoren, dass sie sich strafbar machen, wenn sie ihre Veranstaltung trotz des Verbots durchführen.

Am Vorabend **des 24. August 2015, des ukrainischen Unabhängigkeitstages**, sprachen die pro-russischen Behörden in Simferopol und anderen Städten Warnungen über die Unzulässigkeit von unkoordinierten Massenveranstaltungen, extremistischen Aktionen sowie gegen Verstöße gegen die Gesetzgebung der Russischen Föderation aus.

Am 24.8.2015 wollte sich ein junger Mann in der Hafenstadt Kertsch auf der Krim zusammen mit zwei Freunden mit einer ukrainischen Flagge fotografieren lassen. Doch bevor sie die Flagge ausbreiten konnten, kam die Polizei, nahm die drei jungen Menschen unter dem Vorwand fest, sie hätten Schimpfworte benutzt. Auf der Polizeiwache wurde ihnen gesagt, sie seien festgenommen worden, weil sie die ukrainische Flagge zeigen wollten und T-Shirts mit pro-ukrainischen Sprüchen trugen. Einer der „Übeltäter“ wurde zu 15 Tagen Haft, der andere zu einer Geldstrafe von 1.000 Rubel verurteilt.

Verstöße gegen die Meinungs- und Pressefreiheit

In Zeitraum von Februar 2015 bis Februar 2016 wurden mehrere kritische Medien auf der Krim geschlossen, darunter der krimtatarische Fernsehkanal ATR, der Verlag „15 Minuten“, „Krimrealii“, das „Zentrum der journalistischen Untersuchungen“ und „Krimskie novosti“ sowie die krimtatarische Zeitung „Janti Dunia“. Die Medien ATR, „Krimrealii“ und „15 Minuten“ sind teilweise in der Festlandukraine tätig. Darüber hinaus werden die Aktivitäten von Twitter-Nutzern auf der Krim jetzt in Übereinstimmung mit der russischen Gesetzeslage den Sicherheitsdiensten zugänglich gemacht. Mehrere Internet-Provider wurden auf der Krim blockiert (z.B. „Forpost“ und „Sobitia Krimea“). Sie sollen, so die Beschuldigung, „extremistische Informationen“ verbreitet haben.

Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation **Freedom House** dokumentiert Menschenrechtsverletzungen auf der Krim. In einem am 4. März 2015 veröffentlichten¹⁴ Bericht heißt es, die Bewohner der Krim seien zunehmend schweren Verstößen gegen zivile und politische Menschenrechte ausgesetzt. Dies betrifft vor allem die Krimtataren. Freedom House wirft den Behörden vor, Eigentumsrechte verletzt zu haben und durch die selektive Durchsetzung von Gesetzen und physische Gewaltanwendungen, unabhängige Stimmen einzuschüchtern und zu schikanieren, um sie so zum Schweigen zu bringen. Die Organisation beschuldigt weiter den Kreml, durch das Eingreifen in die Freiheit und Unabhängigkeit lokaler und internationaler Presse ein „Informationsghetto“ geschaffen zu haben.

Die **OSZE Beauftragte für Meinungsfreiheit**¹⁵ Dunja Mijatovic, berichtete nach einem Besuch in der Ukraine, dass die Meinungsfreiheit auf der Krim sich stetig verschlechtere: Die Zahl der freien Medien wird immer geringer und kritische, unabhängige Stimmen werden unterdrückt. Mijatovic fordert die Verantwortlichen auf, die Zensur zu stoppen und Sicherheit für die Journalisten zu gewährleisten. Die Einschüchterung der Journalisten durch die Selbstverteidigungsstreitkräfte und das lokale Militär sei sehr besorgniserregend. Ukrainische Fernsehsender wurden durch russische ersetzt, NGOs, die sich für Pressefreiheit einsetzen, wurden überfallen, Journalisten und Blogger wurden bedroht, angegriffen und auch unter Einreiseverbot gestellt.

Nachdem die Organisation **Reporter ohne Grenzen**¹⁶ im Frühjahr 2015 die „Zerschlagung der Medienlandschaft auf der Krim“ kritisiert hat, dauerten die Übergriffe weiter an: Am 13. März 2015 haben Geheimdienstmitarbeiter die Wohnung von Natalja Kokorina¹⁷, Redakteurin des „Zentrums der journalistischen Untersuchung“, sowie von Anna Andrievska von der gleichen Organisation durchsucht.

¹⁴ <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2015/crimea>.

¹⁵ <http://www.osce.org/fom/143861>.

¹⁶ <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/ukraine/alle-meldungen/meldung/russland-zerschlaegt-medienlandschaft-der-krim/>.

¹⁷ <http://www.rferl.org/content/ukraine-crimea-crackdown-journalists/26901125.html>.

Natalja Kokorina, Journalistin und Herausgeberin des Nachrichtenportals „Crimean Centre for Investigative Journalism“, wurde nach einer vierstündigen Durchsuchung des Hauses ihrer Eltern durch den FSB verhaftet. Anscheinend wird wegen eines Artikels auf ihrer Nachrichtenplattform gegen sie ermittelt. Rechtlicher Beistand während der Durchsuchung und der sechsstündigen Befragung wurde ihr verwehrt. Gründe für diese Maßnahmen wurden nicht genannt.

24,4 Prozent der Bevölkerung der Krim sind Ukrainer. **Seit der Annexion der Halbinsel wurden alle Druckerzeugnisse in ukrainischer Sprache (Bücher, Zeitungen, Zeitschriften) von der Krim verdrängt.** Nur eins von vorher vier ukrainischen Fernsehprogrammen blieb erhalten. Ukrainische Internetseiten werden für die Bewohner der Krim blockiert.¹⁸

Auf der Krim gibt es 177.984 Schülerinnen und Schüler, die in 576 russischen Schulen unterrichtet werden. Von zuvor sieben Schulen, wo auf Ukrainisch unterrichtet wurde, ist nur eine übriggeblieben. Sie befindet sich in Jalta. Insgesamt werden nur 1.990 Kinder auf Ukrainisch unterrichtet, das sind 1,2 Prozent, vor der Annexion waren es 8,2 Prozent. Im September 2014 wurde die Abteilung für ukrainische Philologie an der Taurida Universität in Simferopol geschlossen. Die meisten Mitarbeiter wurden entlassen. 276 Lehrerinnen und Lehrer, die zuvor Ukrainisch unterrichtet hatten, nahmen an einem Kurs mit dem Titel „Philologie, russische Sprache und Literatur“ teil.

Alles, was als Ukrainisch angesehen werden könnte, wird unterdrückt. Gerade ukrainische Aktivisten sind davon betroffen, so etwa die Bloggerin Liza Bogutska, die nach Drohungen auf die Festlandukraine fliehen musste oder der ukrainische Regisseur Oleg Sentsov, der immer noch in einem russischen Gefängnis in Moskau festgehalten wird.¹⁹ Unter diesen Schikanen und den Anfeindungen gegen alles Ukrainische leidet besonders auch die orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchat, die von der ukrainischen Minderheit besucht wird. Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und blanker Rassismus gegen Ukrainer äußert sich auch in der von der Regierung weitgehend kontrollierten Presse. Diese Angaben stammen aus dem Report²⁰ einer Koalition von ukrainischen Menschenrechtsorganisationen zur 113. Sitzung des UN-Menschenrechtskomitees in Genf.

¹⁸ <http://www.unian.net/politics/1250361-roskomnadzor-zablokiroval-sayt-rbk-ukraina-za-prizyvnyi-k-voyne-kryimskih-tatar-s-rf.html>.

²⁰ http://tbinternet.ohchr.org/_layouts/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=INT%2fCCPR%2fCSS%2fRUS%2f19663&Lang=en.

Ab dem 1. April 2015 benötigten alle Medien auf der Krim eine Neuregistrierung, um weiter publizieren zu können. Der weltweit einzige krimtatarische Fernsehsender ATR bemühte sich mehrmals erfolglos um diese Registrierung. Daher befürchteten der Sender und seine Zuschauer, dass am 1. April 2015 das Aus droht. Sie starteten eine Petition an den russischen Präsidenten Wladimir Putin: „Wir, die Unterzeichner, schauen regelmäßig ATR und das Kinderprogramm Lale und hören die Radiosendung „Mejdan-FM“. Bitte unterstützen Sie die genannten Medien und helfen sie, dass deren Neuregistrierung erfolgreich ist“, heißt es in dem Brief. Diese Programme hätten nicht nur unter den Krimtataren Publikum, sondern auch unter anderen turk-sprachigen Gruppen auf der Krim und in ganz Russland. Der krimtatarische Radiosender „Lider“ steht wegen des Verlusts der Sendefrequenz, die auf der Krim versteigert worden waren, vor dem Aus.

Auch die Krimtatarische Zeitung **“Yany Dunya”** hatte sich erfolglos um eine Neuregistrierung bemüht. Obwohl alle Unterlagen fristgerecht eingereicht worden waren, meldete sich die zuständige Behörde nicht bei der Zeitungsredaktion, die daraufhin eine Anfrage an das staatliche Komitee für interethnische Angelegenheiten richtete. Die Zeitung hat auf der Krim 3.000 Abonnenten und plante für den 2. April 2015 eine Sonderausgabe zum Schicksal der Krimtataren im Zweiten Weltkrieg. Im Jahr 2018 ist der hundertste Geburtstag der Zeitung und zu diesem Anlass wurde die Eröffnung eines Museums geplant.

Die russische Medienaufsicht Roskomnadzor hat **der „Crimean News Agency,“ dem Fernsehsender ATR, dem Kindersender Lale und der Radiostation Meydan die notwendige Registrierung verweigert.** Diese Medien müssen demnach am 1. April 2015 ihre Tätigkeit einstellen. Die krimtatarische **Zeitung „Avdet“** hat zweimal einen Antrag für eine Drucklizenz bei der russischen Medienaufsicht gestellt. Beide wurden an „Avdet“ zurückgeschickt, ohne dass sie überhaupt geprüft worden wären. Der einzige krimtatarische Fernsehsender ATR wurde in der Nacht zum **01. April 2015 tatsächlich abgeschaltet.**

Wie **Olga Skrypnik**, stellvertretende Leiterin der Feldmission Menschenrechte auf der Krim, **am 24. Juni 2015** mitteilt, sind in letzter Zeit einige sehr vage Mitteilungen von der Staatsanwaltschaft auf der Krim veröffentlicht worden, in denen die Rede von namentlich nicht genannten Angeklagten ist, die des „Terrorismus“ oder des „Extremismus“ beschuldigt werden. Auch über einen 17-jährigen Angeklagten sei fast nichts bekannt. Der Staatsanwaltschaft zufolge hätte er zwischen Juni 2014 und Mai 2015 extremistische Texte, Videos und Fotos über sein facebook- Profil verbreitet. Mit den wenigen vorhandenen Informationen ist es schwierig, diese Personen, die

vermutlich absurden Anklagen ausgesetzt sind, zu unterstützen und vor staatlicher Willkür zu schützen.

Der Aktivist **Leonid Kuz'min** ist von der Staatsanwaltschaft davor gewarnt worden, an Veranstaltungen zum Tag der krimtatarischen Flagge (26.6) teilzunehmen. Dem offiziellen Schreiben zufolge wären von der Führung des Medschlis am 26. Juni 2015 unerlaubte Aktivitäten wie Kundgebungen oder Autorallyes geplant, bei denen durch ukrainische und krimtatarische Flaggen und Symbole die Bevölkerung auf der Krim provoziert werden sollte.

Das Informationsministerium der Krim hat am **26 Juni 2015** eine Liste von Journalisten veröffentlicht, denen die Arbeit auf der Krim verboten wird. Darunter finden sich Journalisten der Nachrichtenplattformen QHA, Krym.Realii, des Fernsehsenders ATR und der Ausgabe „15 minut“. Das Ministerium für Innenpolitik verschickte **am 23. September 2015** an die Medien auf der Krim einen Brief mit der „Empfehlung“ das Wort „Medschlis“ nicht mehr zu verwenden. Der Brief geht auf die „Generalstaatsanwältin“ der Krim, Natalja Poklonskaja zurück. Es gäbe keinen Medschlis der Krimtataren, wird hier argumentiert. Es gäbe in der Russischen Föderation lediglich einen Medschlis der Tataren aus Tatarstan und einen weiteren der Tataren in Moskau.

„Nationalisierung“ auf der Krim

Als „Nationalisierung“ bezeichneten die Behörden der Krim die Übernahme von Unternehmen, Geschäften oder Betrieben auf der Krim. Die Besitzer waren ukrainische Staatsangehörige. Sie wurden für den Verlust des Besitzes nicht entschädigt. Die „Nationalisierung“ wurde weitgehend 2014 und zu Beginn des Jahres 2015 durchgeführt. Am 20. August 2015 schätzte Nazar Holodytsky, ein ukrainischer Staatsanwalt, dass sich der Schaden für die Ukraine auf mehr als 2,3 Millionen Dollar beläuft. Es seien noch 20 Gerichtsverfahren anhängig. Mehr als 500 Unternehmen wurden „nationalisiert“. Die Unternehmen, die keine Registrierung bei den russischen Behörden bekommen hatten, gingen automatisch in den Besitz der pro-russischen Regierung über. Zum Beispiel wurde das Mobiltelefonnetz „Kyivstar“ erst geschlossen, dann nationalisiert und umgebaut, und schließlich als n Mobilfunknetz der Krim neu gegründet.²¹

Dass die „Nationalisierung“ weiter vorangetrieben wird und politisch motiviert ist, zeigt der Fall von SimCityTrans: Sergej Aksjonow, Regierungschef der Krim, berichtet am 3. Dezember 2015, dass das Transportunternehmen **SimCityTrans** von Lenur Islyamov, Geschäftsführer des krimtatarischen Fernsehsenders ATR, der auch die Handelsblockade der Krim unterstützt, den Besitzer wechseln könnte²². Die Krim-Regierung möchte das

²¹ <http://www.kommersant.ru/doc/2678109>.

²² <http://krymsos.com/en/news/shtraf-simsititrans/>.

Unternehmen nicht schließen, sondern die Aktivitäten unter einem neuen Eigentümer fortsetzen. Potentielle neue Eigentümer gibt es bereits. Grund für den Besitzerwechsel seien vor allem Schulden des Unternehmens. Edem Islaymov, Geschäftsführer von SimCityTrans und dessen Vater Lenur Islyamov bestreiten dies.

Die Krim-Blockade

Die Krim wurde bis September 2015 zu einem großen Teil von der Festlandukraine aus versorgt. Das traf sowohl für Güter des täglichen Bedarfs, als auch für Lebensmittel und Strom zu. Daran verdienten ukrainische Geschäftsleute. Zudem wurden Waren aus der Ukraine über einen Umschlagsplatz auf der Krim in andere Teile der Russischen Föderation weiter geliefert. Dies war ein für die Krimtataren unhaltbarer Zustand, auf den sie aufmerksam machen wollten. Sie entschlossen sich daher zu einer Blockade. Diese hatte aus der Sicht der Krimtataren positive Folgen. Einerseits wurde auch international wieder mehr über die Krim berichtet, andererseits wurde deutlich, wie abhängig die Versorgung der Krim von der Ukraine ist. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass Russland gar nicht fähig ist, die Halbinsel ausreichend zu versorgen. Schließlich hat die Ukraine dann letztlich selbst diese Blockade übernommen, indem sie die Halbinsel nicht mehr mit den erwähnten Gütern beliefert.

Am 20. September 2015 haben Krimtataren zusammen mit anderen Aktivisten Straßenzugänge von der Festlandukraine in der Region Cherson auf die Krim blockiert. Die Blockade betraf nur Lastkraftwagen, die Waren– hauptsächlich Lebensmittel– transportierten. Personenkraftwagen konnten die Grenze zur Halbinsel auch weiterhin ungehindert überqueren. Während der Blockade meldeten ukrainische Menschenrechtsorganisationen immer wieder, dass zahlreiche PKWs durchsucht worden seien. Die Aktivisten hätten demnach unrechtmäßig quasi-staatliche Funktionen übernommen.

Eine Woche später haben Aktivisten auch eine Bahnlinie blockiert, die zu zwei Fabrikanlagen des Oligarchen Dmytro Firtasch führt. Anfang Oktober 2015 kam zur Lebensmittelblockade die Sabotage von Stromleitungen hinzu. So haben Unbekannte **am 6. Oktober 2015** eine von insgesamt vier Stromleitungen auf die Krim beschädigt. Die Aktion hatte für die Stromversorgung der Krim aber kaum Folgen, denn eine andere Stromleitung wurde sofort außerplanmäßig in Betrieb genommen. Schon **am 13. Oktober 2015** hatte der ukrainische Stromexporteur Ukrinterenergo die beschädigte Stromleitung repariert.²³

Während der Blockade wurden widerrechtlich weitere Kontrollposten an den Zugängen

²³ <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/214874/analyse-es-geht-ums-geschaefte>.

zu der Halbinsel eingerichtet. Diese Posten hätten die Durchfahrt für PKWs verhindert. Die Teilnehmer an der Blockade hätten so genannte „Separatistenlisten“ geschrieben, wo sie die Namen von angeblichen Separatisten aufführten. Die Aktivisten haben ohne Befugnis zwei Männer – Nikolaz Kozoriz und Sergej Lubimovich – verhaftet, weil bei ihnen Drogen gefunden worden waren. Die Verhafteten wurden der Polizei übergeben. Die Mitarbeiter der Gruppe für Menschenrechte auf der Krim versuchten, Rechtsbrüche während der Blockade zu dokumentieren, doch sie wurden von Seiten der Blockade-Aktivisten aggressiv behandelt.

Verstöße gegen die Religionsfreiheit

Nach der Annexion entschieden die Behörden, dass sich alle religiösen Gemeinden und Gemeinschaften neu nach russischem Recht registrieren lassen müssen. Dies war ein langer Prozess und der Stichtag wurde zwei Mal verschoben. Am 1. Januar 2016 endete die letzte Frist.

Die Organisation Forum 18, die sich weltweit für Religions- und Glaubensfreiheit einsetzt, fasst den Stand vom 5. Januar 2016²⁴ zusammen. 332 religiöse Gemeinden wurden auf der Krim und 67 in Sewastopol neu registriert, darunter die russisch-orthodoxe Kirche, die Muslime des Krim Muftiats, protestantische Gemeinden mehrerer Konfessionen, Juden, römisch-katholische Christen, Karaiten, Jehovahs Zeugen und Hare Krishna Gemeinden. Das bedeutet, dass der legale Status von mehr als 1.100 religiösen Gemeinden automatisch seit dem 1. Januar 2016 aufgehoben wurde. Denn das ukrainische Kultusministerium hatte am 1. Januar 2014 noch 1.409 registrierte religiöse Gemeinden auf der Krim geführt. Davon waren 602 orthodox, 410 muslimisch, 283 protestantisch, 22 katholisch, zwölf jüdisch und 79 gehörten anderen religiösen Gemeinschaften an. 674 Gemeinden hatten keine Registrierung, die meisten von ihnen waren aber dem Muftiat angegliedert. In Sewastopol waren 137 Gemeinden registriert, davon 73 orthodoxe, 37 protestantische, acht muslimische, vier katholische, zwei jüdische und 13 andere.

Die nicht-registrierten „religiösen Gruppen“ müssen den Behörden eine Liste all ihrer Mitglieder vorlegen, die registrierten Gemeinden müssen nur die Namen ihrer Gründer bekannt geben. Viele der Gemeinden klagen über viel zusätzliche Verwaltungsarbeit wegen dieser Registrierung. Auf etliche wurde auch massiver politischer Druck ausgeübt. So musste das Muftiat seine Verbindung zum krimtatarischen Medschlis abbrechen. Neun katholische Gemeinden mussten ihre Beziehungen zu der Diözese von Odessa-Simferopol im Süden der Ukraine beenden. 33 religiöse Gemeinden

²⁴ http://www.forum18.org/archive.php?article_id=2137&printer=Y.

mussten sich einer „Expertenanalyse“ durch das russische Justizministerium unterziehen, drei davon wurden nicht wieder registriert.

Die ukrainische orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats entschied, sich nicht für eine Neuregistrierung zu bewerben. Der zuständige Erzbischof Kliment, der schon mehrmals Ziel von Verfolgung und Schikane durch die Machthaber auf der Krim geworden war, erklärte am 17. Dezember 2015, dass auch eine Neuregistrierung „keine Garantie für eine Weiterexistenz“ seiner Kirche auf der Krim sei. Ohne die Registrierung kann die Gemeinde sich treffen und ihr religiöses Leben führen. Doch sie kann keine Verträge zum Beispiel zum Anmieten von Räumen oder Gebäuden oder auch zur Beschäftigung von Theologen schließen. Auch kann sie niemanden aus dem Ausland einladen.

Der **Imam Mustafa Jagjaev** von der Krim darf seine Tätigkeit zwei Jahre lang nicht ausüben. Das entschied ein Gericht auf der Krim am 17. Juli 2015. Jagjaev wird beschuldigt, während der Arbeit „herabwürdigende Feindseligkeiten und Hassbekundungen“ gegenüber drei Frauen der Firma „Zheleznodorozhnyj“ geäußert zu haben. Der Vorfall hatte sich schon im Juni 2014 zugetragen. Am 18. Dezember 2014 erschien die Polizei vor dem Haus Jagjaevs, führte eine Hausdurchsuchung durch und beschlagnahmte mehrere religiöse Bücher, die Festplatte seines Notebooks, Telefone, Fotografien und Dokumente.

Die Medresse (muslimische Schule) im Dorf Kolchyrino im Gebiet Simferopol kann ihre Tätigkeit nicht fortsetzen, da ihr die notwendige Lizenz von den Behörden der Krim verweigert wurde. Der Direktor der Schule, Sejran Arifov erklärt am 4. September 2015, dass für dieses Jahr alle Versuche gescheitert seien. Die Schule wolle sich im nächsten Jahr nochmals um eine Lizenz bemühen, denn die Kinder bräuchten diese Schule und auch den Unterricht im traditionellen Islam. Diese Medresse war eine der ersten, die von pro-russischen und russischen Behörden, Geheimdienst und Polizei durchsucht worden war. Am 24. Juli 2014 um fünf Uhr in der Frühe drangen maskierte Spezialkräfte in die Schule ein und durchsuchten die Sachen der Kinder und Mitarbeiter, wobei sie nichts Verdächtiges finden konnten.

Am 16. November 2015 teilte das geistliche Direktorium der Muslime der Krim mit, dass am vergangenen Wochenende Angreifer Dutzende Pflastersteine auf die Moschee im Dorf Zavet-Leninsky geworfen hätten und dadurch die Fenster zu Bruch gegangen seien. Der örtliche Imam Rustem Achmetshajew hat Anzeige erstattet

Straflosigkeit für „Selbstverteidigungskräfte“

Als „Selbstverteidigungskräfte“ bezeichnen Bewohner und Behörden der Krim bewaffnete Einheiten, die im Zuge der Machtübernahme durch Russland auf der Krim

entstanden sind. Neben russischen Soldaten waren hier ukrainische pro-russische junge Männer aktiv. Sie haben sich etlicher schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht. So werden sie auch für den Mord an Reshat Ametow, einem jungen krimtatarischen Aktivist, dessen Leichnam am 17. März 2014 mit Spuren schwerer Folter aufgefunden worden war, verantwortlich gemacht. Sie gehen für ihre Verbrechen straflos aus und es ist nicht klar, wessen Kontrolle sie letztlich unterstehen.

2015, im zweiten Jahr der Annexion, wurden weitere Einheiten der „Selbstverteidigungskräfte“ gebildet. Die pro-russische Regierung hatte die Entscheidung getroffen, die Polizei mit „Selbstverteidigungskräften“ zu verstärken. „Goldene Bären“, „Vitiaz“, „Feniks“ und andere Einheiten entstanden. Die Mitglieder dieser Verbände dürfen beispielsweise Personen überprüfen, potentielle Verbrecher verfolgen und weitere Aufgaben übernehmen, die eigentlich Polizeiarbeit wären. Am 14. Oktober 2015 nahmen Polizisten und Angehörige der so genannten „Selbstverteidigungskräfte der Krim“ drei Aktivisten des „ukrainischen Kulturzentrums“ zu Verhören ins „Zentrum für den Kampf gegen Extremismus“ mit. Sie hatten nahe Bohdan Chmelnyzkyj -Statue²⁵ Blumen niedergelegt.²⁶

Die Situation der Binnenflüchtlinge von der Krim in der Ukraine

Es gibt keine genaue Statistik über die Zahl der Binnenflüchtlinge von der Krim in der Ukraine. Schätzungen nennen zwischen 20.000 und 50.000 Personen, davon höchstens 15.000 bis 18.000 Krimtataren. Die Ungenauigkeit der Zahlen liegt daran, dass sich nicht alle Flüchtlinge als solche in der Festlandukraine registrieren lassen²⁷.

Die Binnenflüchtlinge sind in der Festlandukraine mit zahlreichen rechtlichen und administrativen Problemen konfrontiert. Die Unterlagen, zum Beispiel Krankenkarten und Ausbildungszertifikate, die man auf der Krim nach der Annexion bekommen hat, sind in der Ukraine nicht gültig.

Außerdem müssen die Binnenflüchtlinge einen Beleg über ihre polizeiliche Anmeldung (Anmeldung am Wohnort) vorweisen. Dafür besuchen die Mitarbeiter der Migrationsbehörde die Wohnungen der Binnenflüchtlinge und prüfen ob ihre Meldedaten mit dem Wohnort übereinstimmen. Ohne eine solche Übereinstimmung verlieren sie automatisch den Status als Binnenflüchtling. Viele der nicht-registrierten Binnenflüchtlinge und Personen, deren Wohnort nicht mit der Meldeadresse übereinstimmte, durften nicht an den Gemeindewahlen 2015 teilnehmen. Das wurde vielfach von Menschenrechtsorganisationen kritisiert²⁸.

²⁵ Bohdan Chmelnyzkyj war ein ukrainischer Kosakenhetman und der Gründer des ersten Kosakenstaates.

²⁶ <http://krymsos.com/en/news/u-simferopoli-dopituvali-aktivistiv-ukrayinskogo-kulturnogo-tsentr/>.

²⁷ <http://www.internal-displacement.org/europe-the-caucasus-and-central-asia/ukraine/figures-analysis>.

²⁸ <http://www.osce.org/odihr/elections/ukraine/194406?download=true>
<https://newcoldwar.org/ukraines-idp-crisis-worsens-as-local-attitudes-harden/>.

Fazit

Auch das zweite Jahr unter russischer Verwaltung war auf der Krim von schweren Einschnitten in Bürgerrechte, Menschenrechte und die Rechte des indigenen Volkes der Krim, die Krimtataren, geprägt. Die pro-russischen Behörden, unterstützt von aus Russland stammenden Polizisten, Juristen, Geheimdienstmitarbeitern, versuchten rigide ihre Vorstellung davon durchzusetzen, wie ein Staat funktionieren soll und sie versuchten vor allem ihre Macht zu festigen und auszubauen. Das bedeutete die Zerschlagung der Medienlandschaft auf der Krim. Seit dem 1. April 2015 sind die Medien mit wenigen Ausnahmen gleichgeschaltet, bzw. auf den Kurs der Regierung eingeschworen. Das bedeutete auch starke Eingriffe in die Versammlungsfreiheit. Die Versammlungen zu den traditionellen Gedenktagen der Krimtataren waren schon von vornherein verboten worden aber auch einzelne kleine Demonstrationen von zwei oder drei Personen sowie auch Einzelproteste wurden schnell beendet, die Protestierenden befragt, festgenommen, teils verurteilt. Andersdenkende, Andersgläubige und Ukrainer, die die Zugehörigkeit zur Ukraine nach außen tragen, werden verfolgt. Die Krimtataren leiden unter systematischer Diskriminierung und Schikane. Die Krim soll rein-russisch werden, alles, was dieses Bild stört, wird verfolgt, so der Eindruck nach dem zweiten Jahr der Annexion.

Das zweite Jahr der Annexion war aber auch geprägt vom ungebrochenen Widerstandsg Geist der Krimtataren. Ihnen gelang es im Herbst 2015 die Zugangsstraßen auf die Krim für LKWs zu sperren. Sie machten so darauf aufmerksam, dass einerseits ukrainische Geschäftsleute mit den Machthabern auf der Krim Geschäfte machten und andererseits Russland entgegen der eigenen Versprechen nicht in der Lage ist, die Halbinsel gut zu versorgen. Diese „Bürgerblockade“ rief als Gegenreaktion weitere Schikanen hervor, die bis zur angedrohten Schließung des Medschlis reichen.

Daher darf die Krim nicht immer wieder von der Tagesordnung der internationalen Politik und auch der Medien verschwinden. Die völkerrechtswidrige Annexion darf genauso wenig akzeptiert werden wie die schweren Menschenrechtsverletzungen.

Anhang

Presseerklärungen und Veröffentlichungen der Gesellschaft für bedrohte Völker seit Februar 2015

Pressemitteilung 09.03.2016

Krim: Weiterer Schlag ins Gesicht der Krimtataren befürchtet

Gerichtstermin am 10.März: Deutsche Politiker müssen sich hinter den Medschlis stellen (Pressemitteilung)

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) zeigt sich besorgt über eine mögliche Schließung der krimtatarischen Selbstvertretung, dem Medschlis. „Der Medschlis ist das nationale und internationale Sprachrohr der Krimtataren. Ihn zu schließen, wäre ein weiterer Versuch Russlands, die indigenen Minderheiten auf der Krim mundtot zu machen“, warnt Sarah Reinke, GUS-Referentin der internationalen Menschenrechtsorganisation in Berlin.

Der Medschlis steht für den Widerstand gegen die Annexion der Krim durch Russland - immer gewaltfrei, aber konsequent und dauerhaft. Seit März 2014 verfolgen und schikanieren die pro-russischen Behörden den Medschlis und seine Mitglieder daher: Im Anschluss an die Annexion wurden Einreiseverbote gegen wichtige Politiker wie Mustafa Dschemilew und Refat Tschubarow, den aktuellen Medschlis-Präsidenten, ausgesprochen. Zudem werden der Medschlis und seine Vertreter seit Herbst 2014 von Politikern und pro-russischen Medien als „radikal“, „extremistisch“ und „terroristisch“ bezeichnet. Selbst das Gerücht, der Medschlis würde Kämpfer des „Islamischen Staates“ rekrutieren, wurde in Umlauf gebracht. Hausdurchsuchungen, willkürliche Festnahmen und Befragungen durch den russischen Inlandsgeheimdienst FSB sind für Medschlis-Mitglieder an der Tagesordnung. Der Vizepräsident des Medschlis, Achtem Chijgoz, ist sogar seit dem 29. Januar 2015 in Haft.

Nun beginnt am 10. März vor dem Obersten Gericht auf der Krim das Verfahren gegen den Medschlis. Die de facto Staatsanwältin der Krim, Natalja Poklonskaja, hatte am 15. Februar die Schließung des Medschlis beantragt, den sie anklagt, eine „extremistische Organisation“ zu sein. Auf über 600 Seiten und in zehn CDs beschuldigt sie die Institution und seine Mitglieder des „Extremismus“, weil diese die nationalen und politischen Rechte der Krimtataren wiederherstellen und ihr Recht auf Selbstbestimmung wahren wollen.

„Der Medschlis der Krimtataren hat 2.300 Mitglieder. Sie alle wären in akuter Gefahr, wenn das Gericht am 10. März in Simferopol die Entscheidung trifft, diese Selbstorganisation der Krimtataren zu verbieten.“ Daher erwartet der Medschlis, dass sich deutsche Politiker hinter ihn stellen und gegen eine Schließung protestieren, erklärt Reinke.

Pressemitteilung, 10.12.2015

EU vertagt Entscheidung über Verlängerung der Sanktionen gegen Russland

**„Schlag ins Gesicht der Opfer von Krieg und Annexion im Donbass und auf der Krim“
(Pressemitteilung)**

Als „völlig falsches Signal an Russland – und Schlag ins Gesicht der Opfer von Krieg und Annexion“ kritisiert die Gesellschaft für bedrohte Völker die Entscheidung der EU, die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland nochmals zu diskutieren. „Gerade am gestrigen Mittwoch (9.12.) hat die UN einen neuen Bericht über die Situation im Kriegsgebiet im Osten der Ukraine veröffentlicht. Die Zahlen sind erschreckend: Zwischen April 2014 und Mitte November 2015 kamen 9.098 Menschen ums Leben, 20.732 wurden verletzt. Dort herrschen völlige Rechtlosigkeit, Willkür krimineller Banden gegen Zivilisten, Angst vor Verhaftungen, Folter, Zwangsarbeit.

Örtliche Menschenrechtsverteidiger gehen von noch höheren Zahlen aus. Sie berichten auch über Hunderte Gefangene, die in der Gewalt der pro-russischen Separatisten seien. In Kellern, Häusern und illegalen Haftanstalten würden die Menschen misshandelt. Russland habe Gebiete vermint, ohne diese zu kennzeichnen. Immer wieder komme es daher zu entsetzlichen Unfällen. Mindestens jedes zweite Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, das zum Beispiel von der ukrainischen Helsinki Gruppe befragt wurde, sagte aus, es sei von russischen Soldaten verhört und misshandelt worden. Russland kontrolliere mindestens 80 Prozent der Regionen Donezk und Lugansk und nur über Moskau könne überhaupt Einfluss auf das Gebiet und damit auf das Schicksal der dort lebenden rund 2,9 Millionen Personen genommen werden.

„Fallen die Sanktionen, gibt die EU das beste Pfand in Verhandlungen mit Russland aus der Hand, ohne dass die russische Regierung in irgendeiner Weise zur Beendigung des von ihr angezettelten und angeheizten Krieges beigetragen hätte“, warnt die GfbV. Auch auf der Krim sei keinerlei Verbesserung der Menschenrechtslage zu verzeichnen.

Krimtataren und pro-ukrainische Bürger würden nach wie vor verfolgt.

Bei ihrem Treffen am Mittwoch (9.12. 2015) sollten die Botschafter der 28 EU-Staaten die Sanktionen gegen Russland verlängern, die sonst Ende Januar 2016 auslaufen. Doch die italienische Regierung hat durchgesetzt, dass darüber in der kommenden Woche die EU-Regierungschefs in Brüssel debattieren sollen.

Pressemitteilung 02.12.2015

Deutschland übernimmt OSZE-Vorsitz

Größeres Engagement für friedensstiftende Maßnahmen gefordert - OSZE-Mission auch auf der Krim einrichten! (Pressemitteilung)

Die Übernahme des OSZE-Vorsitzes muss für Deutschland größeres Engagement für friedensstiftende Maßnahmen in den Mitgliedsstaaten bedeuten, in denen der Bevölkerung Krieg, Flucht und Menschenrechtsverletzungen drohen. Dazu hat die Gesellschaft für bedrohte Völker Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier

aufgefordert. Schwerpunkte müssten der von Russland angeheizte Krieg im Osten der Ukraine und die Situation auf der Krim mit besonderem Fokus auf die Krimtataren sein, heißt es in dem GfbV-Schreiben.

„Deutschlands Vorsitz muss eine verbesserte Glaubwürdigkeit der OSZE insgesamt und ihres Engagements in der Ukraine zum Ziel haben.“ Dort seien zwar zwei OSZE-Missionen aktiv, um die Minsker Vereinbarungen zu beobachten. Doch ihre Arbeit gerate immer wieder in die Kritik und die Lage vor Ort gebe Anlass zur Sorge. Deutschland übernimmt am 1. Januar 2016 in Belgrad von Serbien den OSZE-Vorsitz, der Staatenkonferenz gehören 57 Länder an, unter ihnen die Ukraine, Russland, die USA, Kanada und alle EU-Staaten.

Durch die Annexion der Krim habe Russland Völkerrecht gebrochen. Dort sei die Situation ungelöst. „Russland hat hier das Sagen übernommen. Die rund 300.000 Krimtataren, die von Beginn an gegen die Annexion durch Russland waren, werden von der pro-russischen Regierung unter Sergej Aksjonow, von Geheimdienst und Polizei systematisch schikaniert und verfolgt“, betonte die GfbV. Heute seien Krimtataren bitter von der ukrainischen Regierung enttäuscht, aber auch von den europäischen Institutionen und Politikern. Die Blockade der Halbinsel sei ein verzweifelter Versuch, auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

Nach Auffassung der GfbV müsste hier die OSZE als Vermittlerin einschreiten und Gespräche zwischen allen beteiligten Parteien moderieren. „Dafür muss Deutschland die Initiative ergreifen. Eine solche Reihe von Gesprächen müsste auch eine ständige Mission der OSZE auf der Krim zum Ziel haben. Damit könnte ein Schritt in Richtung Aufhebung der Isolation der Halbinsel gegangen werden. Menschenrechtsverletzungen gegen die Krimtataren und andere Bewohner der Krim müssen systematisch erfasst und aufgeklärt werden“, mahnte die Menschenrechtsorganisation.

Pressemitteilung 23.11.2015

Krimtataren geraten noch mehr unter Druck

Blockade der Krim nicht eskalieren lassen - OSZE soll dringend Vermittlerrolle übernehmen! (Pressemitteilung)

Nach der Kappung der Stromzufuhr auf die Krim durch Aktivisten hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) vor einer Eskalation der Lage für die Krimtataren auf der von Russland annektierten Halbinsel gewarnt und an die OSZE appelliert, schnellstens in dem Konflikt zu vermitteln. Es müsse langfristig eine ständige OSZE-Mission auf der Krim geben, um zu einem friedlichen und gerechten Miteinander der Volksgruppen beizutragen. „Wir befürchten, dass die Krimtataren jetzt noch mehr unter Druck gesetzt und kollektiv bestraft werden“, erklärte die GfbV-Osteuropareferentin, Sarah Reinke, am Montag in Berlin.

Seit der Annexion im März 2014 ringen die Krimtataren um die Durchsetzung ihrer Rechte. Sie werden von der prorussischen Führung der Halbinsel diskriminiert und

unterdrückt. Nach der Annexion wurden krimtatarische Kritiker ermordet oder verschwanden spurlos, gegen führende Persönlichkeiten wurden Einreiseverbote verhängt. Um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, blockieren die Krimtataren seit September den LKW-Transport von Lebensmitteln und anderen Gütern von der Ukraine aus auf die Krim. Die Aktionen wurden im westlichen Europa jedoch kaum beachtet.

„Diese Passivität und Gleichgültigkeit gegenüber den bedrängten Krimtataren ist mitverantwortlich für die Eskalation am Wochenende“, kritisierte Reinke. „Zur nachhaltigen Entschärfung der Lage sollte es jetzt dringend internationale Unterstützung geben!“

Die Forderungen der Krimtataren bezeichnete die GfbV als „voll und ganz berechtigt“. Sie verlangen die Freilassung der politischen Häftlinge, unter denen sich der Vizepräsidenten des krimtatarischen Medschlis, Achtem Chijgoz, die krimtatarischen Aktivisten Ali Asanow und Mustafa Degermendschy sowie die ukrainischen Maidan-Engagierten wie der bekannte Regisseur Oleg Sentsov und Oleksandr Kolchenko, Gennady Afanasyev, Oleksy Chirniy, Oleksandr Kostenko befinden. Außerdem müsse das Einreiseverbot, das für mehrere krimtatarische Persönlichkeiten und Politiker wie Mustafa Dschemilew oder Refat Tschubarow verhängt wurde, aufgehoben. Eine unabhängige Untersuchungskommission solle die Morde an und das Verschwindenlassen von Krimtataren untersuchen. Um weitere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, wünschen sich die Krimtataren zudem die Öffnung der Halbinsel für internationales Menschenrechtsmonitoring.

Pressemitteilung 05.10.2015

Kurswechsel in der Krimfrage? Völkerrechtsbruch bleibt Völkerrechtsbruch!

OSZE-Mission für die Krim gefordert (Pressemitteilung)

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat die Bundesregierung am Montag dazu aufgefordert, sich zum Schutz der Krimtataren wenigstens für eine OSZE-Mission auf der von Russland annektierten Halbinsel einzusetzen. „Wenn Deutschland und die EU akzeptieren, dass Moskau die Herrschaft über die Krim übernommen hat, dürfen sie doch die Krimtataren jetzt nicht im Stich lassen“, erklärte die GUS-Referentin der GfbV, Sarah Reinke, in Berlin. „Die Annexion der Krim bleibt ein Völkerrechtsbruch. Ihn im Nachhinein zu legitimieren rüttelt an den Grundfesten unserer demokratischen Gesellschaftsordnung. Da ist es jetzt das Mindeste, OSZE-Beobachter auf der Krim durchzusetzen, die die Menschenrechtslage dort dokumentieren und Opfern von Bürger- und Menschenrechtsverletzungen vor Gericht beistehen.“ Deutschland übernimmt zwar erst am 1. Januar 2016 den OSZE-Vorsitz. Vorbereitungsgespräche für solch eine Mission initiiert durch Deutschland müssten jedoch sofort starten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte im Anschluss an die Ukraine-Gespräche in Paris am 2. Oktober 2015 gesagt: Der „Regulierungsprozess ist abgeschlossen, wenn die Ukraine ihre Souveränität wiederherstellt (...) nicht auf der Krim, aber im gesamten übrigen

Staatsgebiet.“ Damit wurden die Befürchtungen der Krimtataren Realität, dass die EU die Annexion der Krim akzeptieren wird, stellte die GfbV ernüchtert fest. „Dabei hat Merkel noch im Mai dieses Jahres ausdrücklich betont, dass es sich bei der Vereinnahmung der Krim um eine „verbrecherische und völkerrechtswidrige Annexion“ gehandelt hat. Die Krimtataren sind jene Bevölkerungsgruppe, die auf der Krim am stärksten unter systematischer Verfolgung und Diskriminierung leidet. Sie haben keinen Staat, der sich für ihren Schutz einsetzt. 1944 deportierte die Rote Armee unter Stalin 189.000 Krimtataren nach Zentralasien, 45 Prozent von ihnen kamen ums Leben. Dieses Verbrechen ist international als Völkermord anerkannt. Heute leben die rund 300.000 Krimtataren in einem Regime, das sie als Nachfolger der Täter sehen. Trotz systematischer Verfolgung versuchen sie sich mit dem konkreten Status Quo zu arrangieren. Doch sie haben als indigenes Volk der Krim ein Recht auf Autonomie im politischen und kulturellen Bereich. Deshalb fordert die GfbV, dass die politischen Institutionen der Krimtataren anerkannt werden, ihre Sprache geschützt und weiterentwickelt wird. Sie müssen ihren Glauben und ihre Traditionen frei leben können und ihre unabhängigen Medien müssen rehabilitiert werden.

Pressemitteilung 01.10.2015

Merkel trifft sich zu Gesprächen der Minsk-Gruppe in Paris (02.10.)

Die GfbV appelliert an Angela Merkel, sich für die Belange der Krimtataren einzusetzen (Pressemitteilung)

Im Namen der Krimtataren hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) an Bundeskanzlerin Angela Merkel appelliert, sich beim Ukraine-Gipfel in Paris am kommenden Freitag für die Belange dieser Minderheit einzusetzen. „Die rund 300.000 Krimtataren haben keinen Staat, der hinter ihnen steht und ihre Rechte verteidigt. Sie leiden unter systematischer Diskriminierung und sind daher ganz besonders auf Fürsprache angewiesen“, erklärte die GfbV-Referentin für die GUS-Staaten Sarah Reinke am Donnerstag in Berlin. „Die Hoffnungen der Krimtataren ruhen auf der Bundeskanzlerin: Sie soll sich für ein Ende der Unterdrückung und Kriminalisierung des Selbstvertretungsorgans der Krimtataren, des Medschlis, und seiner Mitglieder einzusetzen.“ Außerdem müssen widerrechtlich Inhaftierte frei gelassen, die Straflosigkeit für Verbrechen an Krimtataren und anderen beendet und die Täter zur Verantwortung gezogen werden. Am 2. Oktober treffen sich die Regierungschefs Russlands, Frankreichs, Deutschlands und der Ukraine in der französischen Hauptstadt, um über die Lage in der Ukraine zu beraten und den Fortgang des Minsk-Prozesses zu diskutieren.

Nach GfbV-Angaben gelten noch immer 19 junge Krimtataren als verschwunden und der Mord an Reschat Ametow vom März 2014 wurde bisher nicht aufgeklärt. Es gäbe keine Pressefreiheit mehr und die Hausdurchsuchungen bei Krimtataren hielten an. Die krimtatarische Sprache werde immer stärker zurückgedrängt. Vor Beginn des neuen

Schuljahres am 1.9.2015 hätten Lehrer Eltern dazu aufgerufen, Schüler nicht zum Krimtatarisch-Unterricht anzumelden, der ohnehin nur fakultativ stattfindet und für den die Lehrer nicht bezahlt werden.

„Um diese Diskriminierung sowie tägliche systematische Schikane zu dokumentieren und Opfern zu helfen, muss die Krim für unabhängige Journalisten und Menschenrechtsorganisationen geöffnet werden“, sagte Reinke. „Diese Themen dürfen in Paris nicht unter den Tisch fallen. Die völkerrechtswidrige Annexion der Halbinsel war Anfang und Auslöser für Sanktionen und eine veränderte Russland-Politik. Geht man in Bezug auf die Krim zur Tagesordnung über, begeht man Verrat an den eigenen Prinzipien.“

Auch die Situation im Osten der Ukraine bereitet der GfbV große Sorgen. Die Menschenrechtsorganisation warnt vor der Gefahr, die hier von Minen ausgeht. Es herrsche völlige Straflosigkeit für die schweren Menschenrechtsverletzungen der vergangenen Monate. Priorität müsse jetzt die humanitäre Unterstützung der Zivilbevölkerung haben. Rund 2,5 Millionen Menschen, viele von ihnen Binnenflüchtlinge, seien vor Ausbruch des Winters dringend auf Hilfe angewiesen.

Pressemitteilung 17.09.2015

Krimtataren kündigen Blockade der Halbinsel an

Verzweifelte Aktion gegen Verfolgung und Diskriminierung

Mit einer verzweifelten Aktion will die politische Führung der Krimtataren gegen Verfolgung, widerrechtliche Inhaftierung und für Pressefreiheit auf der Krim demonstrieren. Sie hat angekündigt, den Import von Waren und Gütern auf die Halbinsel blockieren zu wollen. Aktivisten sollen versuchen, die Zugänge zwischen dem Gebiet Cherson in der Ukraine und der Halbinsel Krim zu sperren. Die Aktion soll am 20. September um 12 Uhr mittags beginnen. Den Krimtataren sei bewusst, dass sie sich bei einer Beteiligung an der Blockade in Gefahr bringen, ihnen Festnahmen, Gerichtsverfahren und möglicherweise langjährige Haftstrafen drohen, berichtete die GUS-Referentin der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Sarah Reinke, am Donnerstag in Berlin. Doch sie sähen keine andere Möglichkeit mehr, internationale Aufmerksamkeit zu erhalten. Seit der russischen Annexion ihrer Halbinsel werden die Krimtataren Opfer systematischer Verfolgung und Diskriminierung.

Nach Angaben der Krimtataren werden mehr als 80 Prozent der Waren, die auf die Krim geliefert werden, in die Russische Föderation weitertransportiert. Mit einer Blockade wollen die Krimtataren fünf Forderungen durchsetzen: Der seit Januar 2015 ohne Gerichtsprozess inhaftierte stellvertretende Medschlis-Vorsitzende Achtem Chijgoz und alle anderen ukrainischen Staatsangehörigen, die in Russland widerrechtlich in Haft gehalten werden, sollen freigelassen und die Einreiseverbote gegen ihre Politiker Mustafa Dschemilew, Refat Tschubarow, Sinaver Kadyrow und Ismet Yuksel sollen aufgehoben werden. Zudem sollen krimtatarische und ukrainische Medien frei von der

Krim berichten dürfen und die Halbinsel soll für ausländische Journalisten und Menschenrechtsbeobachter frei zugänglich sein. Darüber hinaus fordern sie, dass Krimtataren und andere ukrainische Staatsangehörige auf der Krim nicht länger widerrechtlich mit administrativen Strafen belegt oder strafrechtlich verfolgt werden. Die Ankündigung der Blockade durch die politische Vertretung der Krimtataren, den Medschlis, muss vor dem Hintergrund der geplanten Gespräche der Minsk-Gruppe Anfang Oktober 2015 in Paris gesehen werden, erläuterte Reinke. Die Krimtataren fürchten, dass ihre Situation kein Thema sein wird. Daher fordern sie auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass sie sich gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin für die Einhaltung der Rechte der Krimtataren einsetzen und ein Ende der systematischen Diskriminierung und Verfolgung anmahnen soll.

Pressemitteilung 24.08.2015

Krimtataren erinnern Merkel und Hollande an Verantwortung für Frieden

Ukraine-Konflikt: Merkel empfängt Hollande und Poroschenko (Pressemitteilung)

Anlässlich des heutigen Treffens von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem französischen Präsidenten Francois Hollande und dem ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko in Berlin hat der Vorsitzende des krimtatarischen Medschlis, Refat Tschubarov, die Spitzenpolitiker eindringlich an ihre Verantwortung für den Frieden in ganz Europa, Ost und West, erinnert. Nach Angaben der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) bat Tschubarov um Hilfe in einer ausweglos erscheinenden Situation: Die Ukraine und besonders auch die Krimtataren, die unter Stalin Opfer von Holodomor - einer willentlich herbeigeführten Hungersnot mit Millionen von Toten - und kollektiver Deportation wurden, könnten den Konflikt mit Russland allein nicht lösen.

„Wir brauchen internationale Hilfe, um die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen, einschließlich der autonomen Republik Krim, der Heimat der Krimtataren“, schrieb Tschubarow an Merkel und klagt: „Seit der Annexion der Krim durch Russland ist die Existenz des krimtatarischen Volkes gefährdet. Die Lage der Krimtataren verschlechtert sich von Tag zu Tag: Die Mitglieder des Medschlis, der wichtigsten Vertretung der Krimtataren, werden verfolgt. Während Mustafa Dschemilew, Refat Tschubarov, Sinaver Kadyrow und Ismet Juksel nicht auf die Krim reisen dürfen, werden der stellvertretende Medschlis-Vorsitzende Achtem Chijgoz und die Bürgerrechtler Ali Asanov sowie Mustafa Degermendschi seit Monaten widerrechtlich im Gefängnis auf der Krim festgehalten. Dutzende junge Krimtataren sind weiter verschwunden, einige wurden ermordet aufgefunden. Alle, die sich politisch betätigen, werden schikaniert, verfolgt, bedroht.“

Merkel und Hollande sollten sich besonders der tragischen Einzelfälle annehmen, fordert Sarah Reinke, GUS-Referentin der GfbV. „Achtem Chijgoz sitzt seit dem 29.1.2015 völlig unschuldig in Haft. Seine Freilassung wäre ein wichtiges Signal an die Krimtataren, dass die Versprechungen von internationalen Politikern keine leeren Worte sind.“

Die Krim ist seit 542 Tagen von Russland annektiert. Die rund 300.000 Krimtataren hatten sich aktiv dagegen gewehrt. Mehr als 15.000 von ihnen sind seit März 2014 geflohen. Sie sind die indigene Bevölkerung der Krim, unter Stalin 1944 deportiert, kehrten sie seit Ende der 1980er Jahre wieder zurück.

PRESSEMITTEILUNG 9. Juli 2015

Ukrainern drohen lange Haftstrafen

Prozess in Russland gegen Oleg Sentsov und Aleksandr Kolchenko bricht Minsk-II-Abkommen

Mit dem Prozess gegen den ukrainischen Regisseur Oleg Sentsov sowie den ukrainischen Linksaktivisten und Antifaschisten Aleksandr Kolchenko in Rostov am Don bricht Russland das Minsk-II-Abkommen. Diesen schweren Vorwurf hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) erhoben. „In Minsk haben Russland und die Ukraine nicht nur einen Waffenstillstand, sondern auch einen Gefangenenaustausch zugesichert. Deshalb ist das Verfahren gegen die beiden Ukrainer ein Affront gegen diese Vereinbarung“, kritisierte die GUS-Referentin der GfbV, Sarah Reinke. „In dem unfairen und völkerrechtswidrigen Verfahren stehen die beiden Angeklagten heute vor Gericht. Es drohen ihnen zwischen 17 und 20 Jahre Haft. Wir fordern ihre sofortige Freilassung!“ Sentsov und Kolchenko wurden im Mai 2014 auf der Krim verhaftet und mehrere Wochen lang illegal in Simferopol festgehalten. Während dieser Zeit wurden sie gefoltert. In Handschellen wurden sie dann nach Moskau ausgeflogen und im Lefortovo-Gefängnis inhaftiert. Ihr Prozess findet im fernen Rostov am Don statt. Dort gibt es weniger kritische Berichterstattung. Die Angeklagten sind ukrainische Staatsbürger und hatten sich beide für die Maidan-Bewegung eingesetzt. „Dieses politische Engagement ist wohl der eigentliche Grund für ihre Festnahme und Entführung nach Russland“, sagte Reinke. „Der bisherige Verlauf der Haft und des Prozesses lassen keine Hoffnung auf eine faire und den internationalen Normen entsprechende Behandlung zu.“ Die Anschuldigungen gegen Sentsov und Kolchenko bezeichnete Reinke als „absurd“. Sentsov wird beschuldigt, eine Terrorgruppe gegründet zu haben. Kolchenko soll dem „rechten Sektor“ angehört und Anschläge geplant haben. Beide Vorwürfe konnten die Anwälte der Beschuldigten zwar widerlegen, sie werden jedoch von der Gegenseite aufrechterhalten.

„Es besteht die akute Gefahr, dass hier zwei Personen, darunter ein international bekannter Regisseur, der in den vergangenen Monaten von prominenten Kollegen vielfach unterstützt wurde, unschuldig zu langjährigen Haftstrafen verurteilt werden“, sagte Sarah Reinke.

PRESSEMITTEILUNG 8. Juli 2015

Menschenrechtsverletzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Föderationsrat Russlands will „Feldmission Menschenrechte auf der Krim“ mundtot machen

Eine der letzten unabhängigen Menschenrechtsorganisationen auf der Krim soll jetzt mundtot gemacht werden, befürchtet die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Die „Feldmission Menschenrechte auf der Krim“ und elf weitere Organisationen stehen auf der so genannten „Patriotischen Stopp-Liste“, die heute vom russischen Föderationsrat verabschiedet werden soll. Die Aktivitäten dieser Organisationen seien in Russland „unerwünscht“ und gefährdeten die „nationale Sicherheit“, heißt es zur Begründung. Die Liste soll nach der Sitzung des Föderationsrates an den Staatsanwalt und das Außenministerium weitergeleitet werden. Diese Institutionen sollen prüfen, ob die Tätigkeit der genannten Organisationen sich im „Rahmen des russischen Gesetzes“ bewegt, berichtete die Sprecherin des Föderationsrates, Walentina Matwienko. In der „Feldmission Menschenrechte auf der Krim“ arbeiten namhafte russische, ukrainische und Menschenrechtler von der Krim zusammen. Sie geben monatliche Berichte über Menschenrechtsverletzungen heraus und sind so eine der ganz wenigen und hoch professionellen, glaubwürdigen Informationsquellen für die menschenrechtliche Situation auf der im März 2014 von Russland annektierten Halbinsel. „Es ist offensichtlich, dass die Krim noch stärker isoliert werden soll“, sagte die GfbV-Referentin für die GUS-Staaten, Sarah Reinke, am Mittwoch in Berlin. „Die Krimführung und Russland wollen Zeugen ausschalten.“ Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, Blogger und andere kritische Bürger konnten dem Druck von Polizei und Geheimdienst nicht länger standhalten und seien bereits geflohen. „Das bekommen gerade auch die Krimtataren zu spüren, die einer systematischen Diskriminierung ausgesetzt sind.“ Die „Feldmission Menschenrechte auf der Krim“, hat diese Diskriminierung dokumentiert, unfaire Gerichtsverfahren gegen mehrere Krimtataren beobachtet und darüber berichtet. Aufgrund dieses Engagements wurden die Mitarbeiter der Organisation schon mehrmals vom russischen Geheimdienst vorgeladen und bedroht. „Wenn diese wichtige Organisation ihre Arbeit hier nicht weiterführen kann, bedeutete das einen weiteren tiefen Einschnitt in die Rechte der Krimbewohner“, erklärte Reinke. Auf der Liste stehen neben der „Feldmission Menschenrechte auf der Krim“ auch Freedom House, die Soros-Stiftung, die Mac-Arthur-Stiftung, der Weltkongress der Ukrainer, der Koordinationsrat der Ukrainer, das Nationale demokratische Institut für internationale Angelegenheiten, die Charles-Stuart-Mott-Stiftung, das Nationale republikanische Institut, die National Endowment for Democracy Stiftung, das Demokratie Zentrum Osteuropa und die Bildung für Demokratie Stiftung.

71. Jahrestag der Deportation der Krimtataren (17.05). sowie weitere Initiativen **Aktion „Zünde ein Lichtlein in deinem Herzen an“**

Am **Sonntag, den 17. Mai 2015, wird um 19.30 Uhr am Potsdamer Platz in Berlin** anlässlich des 71. Jahrestages der Deportation der Krimtataren eine einstündige

Gedenkkundgebung durchgeführt. Seit einiger Zeit wird an diesem Tag in der Ukraine mit der Gedenkaktion „Zünde ein Lichtlein in deinem Herzen an“ an die Deportation der Krimtataren gedacht. In Deutschland findet in diesem Jahr die erste Gedenkveranstaltung dieser Art statt, organisiert von der EuromaidanWache Berlin, der Initiative Qırımlı, der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) und der Initiative „PRAVO. Berlin Group for Human Rights in Ukraine“ durchgeführt.

ACHTUNG Bildredaktionen: Um der Opfer der Deportation zu gedenken und ein Bewusstsein für diese Tragödie zu schaffen, werden Teilnehmer dieser Kundgebung aus Kerzen die Konturen der Krim sowie das Symbol der Krimtataren Tamga formen.

Zum Hintergrund: Am 18. Mai 1944 deportierte das sowjetische Regime die Krimtataren - die indigene Bevölkerung der Krim - in entlegene Gegenden Zentralasiens, nach Sibirien und in den Ural. Die Deportierten litten unter Hunger, Gewalt und Willkür. 46 Prozent der krimtatarischen Bevölkerung kamen dabei ums Leben, darunter viele Kinder und alte Menschen. Viele erwachsene Krimtataren kämpften zu der Zeit auf der Seite der Roten Armee gegen NS-Deutschland. 1956 wurden viele Krimtataren vom „Sondersiedlerstatus“ befreit und durften innerhalb der Sowjetunion umziehen, allerdings nicht in ihre ursprüngliche Heimat.

Erst 1988 wurde das Verbot, sich wieder auf der Krim anzusiedeln, aufgehoben. Allerdings war die Rückkehr auf die Krim nicht einfach. Es war schwierig, eine Unterkunft mit Strom, fließendem Wasser und Heizung zu finden, auch Arbeitslosigkeit und Diskriminierung waren nur zwei der zahlreichen Probleme, die zurückkehrende Krimtataren bewältigen mussten. Dabei wurden sie von staatlicher Seite kaum unterstützt.

Einer im Jahr 2007 durchgeführten Volkszählung zufolge leben heute ca. 264.000 Krimtataren wieder auf der Krim, was etwa 13 Prozent der Gesamtbevölkerung der Halbinsel ausmacht. Nach der Annexion der Krim im März 2014 durch Russland sind Krimtataren erneut Opfer von Verfolgung und Repressionen geworden. Pro-Ukrainische Positionen und die Nicht-Anerkennung des sogenannten „Referendums“ über den Status der Krim 2014 seitens vieler Krimtataren führen dazu, dass die russischen Behörden alles Mögliche tun, um untragbare Bedingungen für Krimtataren zu schaffen. Man versucht, die Krimtataren erneut von der Krim zu vertreiben.

Weitere Termine: Am **Montag, den 18.05.**, gibt es in der ukrainischen Botschaft einen **Kulturabend** mit krimtatarischen Künstlern (Konzert, Filmvorführung, Fotoausstellung, krimtatarische Spezialitäten).

Zeit und Ort: 18:00, Botschaft der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland
Albrechtstraße 26, 10117 Berlin. Anmeldung ist erforderlich (bis zum 17.05):
i.petrunko@mfa.gov.ua.

Am **Dienstag, den 19.5.**, wird die internationale Tagung ***Quo vadis Krim*** in der Stiftung Wissenschaft und Politik stattfinden. Die Tagung wird die Krimfrage aus der Sicht der Hauptleidtragenden, der Krimtataren, in den Blick nehmen.

Gemeinsame Erklärung

der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

der Föderalistischen Union europäischer Volksgruppen (FUEV)

der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) sowie vom

ICATAT, Institut für Caucasica-, Tatarica- und Turkestan-Studien 30. März 2015

Der TV-Sender der Krimtataren ATR darf nicht

geschlossen werden!

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), die Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) und die Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) sowie dem Institut für Caucasica-, Tatarica- und Turkestan-Studien (ICATAT) wenden sich entschieden gegen die drohende Schließung des einzigen TV-Senders der Krimtataren, ATR. „Als eine vor mehr als 45 Jahren in Deutschland gegründete internationale Menschenrechtsorganisation für ethnische und religiöse Minderheiten und indigene Gemeinschaften wissen wir, dass die Medien ein essentiell wichtiges Sprachrohr für Minderheiten weltweit sind“, sagt der GfbV-Generalsekretär Tilman Zülch. „Medien machen Minderheiten hörbar und sichtbar. Dies ist ein unschätzbarer Beitrag zur Bewahrung und Förderung ihrer Sprachen. Ihre Medien zu verbieten, die auch Kultur und Geschichte der Minderheiten transportieren und für Vielfalt und Offenheit einer Gesellschaft stehen, ist eine massive Schikane.“

Der Fernsehsender ATR sendet auf Russisch, Krimtatarisch und Ukrainisch. Gerade in den vergangenen Jahren ist er zum wichtigsten Medium der Krimtataren geworden. Nun steht er vor dem Aus. Vier Mal hat die russische Medienaufsicht eine Neuregistrierung von ATR verweigert. Wenn nicht ein Wunder geschieht, muss der Sender am 1. April seine Arbeit einstellen. Nach Auffassung der GfbV wäre dies ein weiterer Schritt in einer langen Kette der Unterdrückung und Diskriminierung der Krimtataren seit der Annexion der Halbinsel durch Russland im März 2014. FUEV-Präsident Hans Heinrich Hansen unterstützt den Protest gegen die drohende Schließung des ATR-Senders: „Als größter europäischer Dachverband der Minderheiten wissen wir, dass Worte nicht genügen, wenn es um den Minderheitenschutz geht. Die Machthaber auf der Krim und in Russland haben zwar betont, dass sie die Rechte der Minderheiten auf der Krim respektieren und die Minderheiten fördern, aber sie haben der Führung unserer Mitgliedsorganisation Qırımtatar Milliy Meclisi (Kongress der Krimtataren in Ukraine) - die Einreise in ihre Heimat für fünf Jahre untersagt und versuchen jetzt, die Arbeit des TV-Senders ATR unmöglich zu machen. Das ist inakzeptabel.“ Matic

Germovšek Žnidaršič, Präsident der JEV fügt hinzu, die Minderheitenmedien hätten eine integrative Funktion: „Sie bilden Tradition und Zeitnähe, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ab und machen diesen Austausch für die Angehörigen der Minderheit erlebbar.“

Gemeinsam mit der FUEV, der JEV und dem ICATAT fordert die GfbV: ATR darf nicht geschlossen werden! Nach ihrer kollektiven Deportation 1944 unter Stalin, durch die bis zu 44 Prozent der Krimtataren ihr Leben verloren, und vielen Jahrzehnten im Exil muss den Krimtataren nun endlich jede Möglichkeit geboten werden, ihre Sprache und Kultur zu bewahren und zu pflegen.

Diese Erklärung soll innerhalb des laufenden „TV Marathons“ veröffentlicht werden, mit dem ATR auf seine bevorstehende Schließung aufmerksam zu machen versucht. So sollen möglichst viele Menschen als Unterstützer des Senders gewonnen werden

27. Februar: Jahrestag der Machtübernahme auf der Krim,

26. Februar 2015

Neuer Menschenrechtsreport dokumentiert systematische Unterdrückung der Krimtataren und anderer Minderheiten

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat unmittelbar vor der Machtübernahme auf der Krim (27. Februar) einen Menschenrechtsreport veröffentlicht, der systematische Menschenrechtsverletzungen und Schikanen gegen die Krimtataren und andere dokumentiert.

Am 27. Februar vor einem Jahr haben russische Soldaten und pro-russische Freiwillige die Macht auf der Krim übernommen. Für die rund 300.000 Krimtataren bedeutet das ein Jahr systematischer Verletzungen ihrer Rechte: Ihre wichtigsten Politiker wurden ausgewiesen, verhaftet, kriminalisiert. Ihr Selbstvertretungsorgan, der Medschlis, soll mit aller Gewalt „auf Linie“ gebracht werden. Junge Krimtataren wurden verschleppt und bleiben verschwunden. Drei Morde sind nicht aufgeklärt. Die Redaktionsräume des krimtatarischen Fernsehsenders sowie der krimtatarischen Zeitung wurden durchsucht. Behörden drohten damit, diese Medien dicht zu machen. Auch Moscheen und muslimische Schulen, viele Privathäuser und Wohnungen wurden durchsucht. „Die Verfolgung der Krimtataren muss gestoppt, und die Straflosigkeit für Verbrechen an ihnen und anderen beendet werden“, fordert Sarah Reinke, GUS-Referentin der GfbV. „Hier muss die internationale Gemeinschaft handeln: Die Krim darf nicht von der internationalen Agenda verschwinden!“

Wladimir Putin hat die Machtübernahme auf der Krim damit begründet, die russische Bevölkerung dort schützen zu wollen. „Dieses Argument war von Anfang an verlogen. Ein Jahr russische Politik auf der Krim hat gezeigt, was das für Putin bedeutet: Die Unterdrückung all jener, die als illoyal, andersdenkend, andersglaubend oder anders

aussehend gelten.“ Neben den Krimtataren werden Ukrainer, die sich aktiv gegen die Politik der neuen Krim-Führung stellen, und Journalisten Ziel von Repressionen. Die Religionsfreiheit ist stark eingeschränkt: Besonders für Katholiken, deren Geistliche alle die Krim verlassen mussten, für orthodoxe Christen des Kiewer Patriarchats und andere Glaubensgemeinschaften, die sich nun neu registrieren lassen müssen.

Einen Tag vor der Machtübernahme, am 26. Februar 2014 hatten sich Tausende Krimtataren in Simferopol versammelt und für einen Verbleib in der Ukraine demonstriert. Seitdem sind sie diejenigen, die sich am offensten gegen die pro-russischen Machthaber stellen. Diese versuchen momentan, den Medschlis zu spalten, zu kriminalisieren und seine Führungsspitze durch pro-russische Repräsentanten zu ersetzen.

Für Nachfragen ist Sarah Reinke erreichbar unter Tel. 0551/499 06 28.

Das 29-seitige Memorandum finden Sie zum Download auf unserer Internetseite (www.gfbv.de).